

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

122 (28.5.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 J. ohne Zustellung. Einzelheft 10 P., Samstags 15 P. — Anzeigen: die einseitige Kolonnenzeile 20 P., auswärts 25 P. Kleinanzeigen 8 P. Annahmestunde 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Rutenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von G. & C. e., sämtliche in Karlsruhe.

Annahme des Handelsvertrages mit Spanien

Ein neuer Umsfall der Deutschnationalen — 170 Stimmen dafür, 96 dagegen — Die Sozialdemokraten üben Stimmenenthaltung und zwingen dadurch die Deutschnationalen zur Demaskierung

Berlin, 27. Mai.

In Erwartung der Beratungen über den deutsch-spanischen Handelsvertrag war am Mittwoch der Reichstag, besonders gut besetzt. Auch die Zuhörer- und Journalistentribüne hatten starken Andrang. Der ganze Nachmittag und der Abend wurde ausgefüllt mit Debatten über das Steuerüberleitungs-gesetz. Erst in der achten Abendstunde konnte zur Beratung des deutsch-spanischen Handelsvertrages übergegangen werden. Zu Beginn derselben gab Dr. Scholz (D. Sp.) namens der in der Regierung vertretenen Parteien die Erklärung ab, daß sie trotz schwerster Bedenken in der Mehrheit ihrer Abgeordneten bereit sei, dem Vertrag zuzustimmen. Dr. Silberding, der gleich nach Scholz zu Worte kam, begann seine Rede mit dem Nachweis, daß der Einfuhrzoll der geistlichen Grundbesitze entbehre. Durch eine Verfügung des Reichsfinanzministeriums sei den Finanzämtern gestattet worden, die Differenzen zwischen dem früheren und dem jetzigen Zoll zu funden. Das sei ein geistlicher Zustand. Die Rede Silberdings gestakete sich zu einem parlamentarischen Ereignis. Das ganze Haus war trotz der späten Abendstunde noch stark besetzt. Mit wissenschaftlicher Sicherheit und Gründlichkeit wies Dr. Silberding nach, daß die Zollpolitik der Regierung und der sie unterstützenden Parteien nichts anderes ist als eine Fortsetzung mittelalterlicher Junkerpolitik im Zeitalter des Kapitalismus, die nur von Worten für die großen Produzenten der Industrie und Landwirtschaft sei, und zu einer Verminderung unserer technischen Leistungsfähigkeit und Verminderung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt führe. So wird diese Politik zu einer schweren Schädigung für Deutschland. In klarer und voll überlegenem Stimm durchdrachter Rede zählte Silberding die Widersprüche der deutschnationalen Politik auf. Er schloß mit einer temperamentvollen Kampfansage an die Reichsregierung und unter dem Jubel unserer Fraktion mit dem Rufe: Bei Phippi sehen wir uns wieder!

Sitzungsbericht

Das Haus wendet sich nach 7 Uhr abends der Beratung des deutsch-spanischen Handelsvertrages zu.

Präsident Loebe schlägt vor, heute auch noch die dritte Beratung des Vertrags vorzunehmen, die allerdings noch drei Stunden in Anspruch nehmen dürfte. (Das Haus stimmt dem Vorschlag zu.)

Abg. Dr. Bejune-Zang (DntL) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses.

Abg. Scholz (D. Sp.) gibt namens der deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen, des Zentrums, der wirtschaftlichen Vereinigung und der bayerischen Volkspartei eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die hinter der Regierung stehenden Parteien sind der Überzeugung, daß durch das vorliegende Handelsabkommen mit Spanien nicht das erreicht wird, was für die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft notwendig ist. Insbesondere ist nicht die tarifliche Meistbegünstigung für Deutschland erreicht worden. Nach der anderen Seite sind dem Vertragsgegner Vergünstigungen eingeräumt worden, die schon jetzt, zu schweren Beeinträchtigungen der deutschen Wirtschaft, insbesondere des deutschen Weinbaus geführt haben und weiter zu solchen führen müssen. Diese Beeinträchtigungen sind für unsere Wirtschaft geradezu unerträglich. Unter Abwägung aller außenpolitischen Momente, die dafür sprechen, insbesondere keinen vertragslosen Zustand mit Spanien eintreten zu lassen und daher das Abkommen nicht abzulehnen, sind die in der Regierung vertretenen Parteien bereit, wenn auch nicht unter Überwindung schwerster Bedenken, dem Abkommen ihre Zustimmung zu geben. Ein Teil der Abgeordneten der hinter der Regierung stehenden Parteien erlaubt jedoch trotzdem, dem Abkommen in seiner gegenwärtigen Form nicht zuzustimmen zu können. Auch die Mehrheit kann ihr Einverständnis nur erklären, wenn sie sicher ist, daß die Regierung sofort in neue Verhandlungen mit Spanien eintritt, mit dem Ziel einer durchgreifenden Verbesserung der gegenwärtigen Vereinbarungen. Bei allen Dingen muß die volle Meistbegünstigung erstellt werden. Wenn die aufzunehmenden Verhandlungen mit Spanien nicht den erhofften Erfolg erzielen sollten, so müßte allerdings die Regierung daraus die Konsequenzen ziehen. Wir erwarten außerdem von der Regierung, daß sie die für die deutschen Winzer im Falle der Annahme des Vertrages verschonenden Erleichterungen, Gewährung langfristiger Kredite und Steuererleichterungen sofort in die Tat umsetzt.

Abg. Dr. Silberding (Sos.) begründet eine Entschließung, die verlangt, daß für die Verordnung, durch welche die nach dem nicht ratifizierten deutsch-spanischen Handelsvertrag zu zahlenden Güste geltend gemacht worden sind, von der Regierung die Genehmigung des Reichstages nachgesucht wird. Der Redner acht dann auf die Fragen der Handelspolitik ein und führt aus, Deutschland müsse eine Handelspolitik treiben, die hinaus-

läuft auf eine Förderung unserer Fertigwaren- und Exportindustrie. Nur so könnten wir unsere qualifizierten Arbeiter beschäftigen und im Lande behalten. Deutschland ist mehr als irgend ein anderes Land berufen, die Öffentl. gegen die protektionistische Handelspolitik anderer Staaten zu eröffnen. (Beifall links.) Der deutsch-spanische Handelsvertrag kann zweifellos die Interessen der deutschen Winzer schädigen. Wir sind damit einverstanden, daß dem Weinbau durch Staatskredite und andere Maßnahmen geholfen wird. Wir sind aber durchaus dagesen, daß ein Sonderinteresse sich hinweisen will über die allgemeinen Interessen der ganzen Landwirtschaft eines Landes. (Beifall links.) Unerhört sind die Beeinträchtigungsversuche, die in der letzten Zeit in einer wüsten Agitation sich gezeigt haben, nicht von den Winzern selbst, sondern von den besessenen Angestellten der Winzervereine.

Der Redner kritisiert dann unter Anführung reicher Zahlenmaterials die deutsche Zollpolitik, die nach seiner Ansicht den stärksten karteilichen Industrien eine Wirtschaft ermöglichen soll, bei der im Gegensatz zu den amerikanischen Trübs nicht die am besten, sondern die am schlechtesten arbeitenden Betriebe den Preis bestimmen. Wir Sozialdemokraten sind jedoch für den deutsch-spanischen Handelsvertrag, aber wir denken nicht daran, der Reichsregierung das zu approbieren, wozu die Deutschnationalen als die Reichspartei keine Lust haben.

Abg. Rosenbergs (A.) weist den Sozialdemokraten Anfeindungen vor. Nach der Rede Silberdings hätte man annehmen müssen, daß die Sozialdemokraten den Handelsvertrag ablehnten, insofern wollten sie sich der Stimme enthalten und damit den Deutschnationalen den größten Gefallen tun. Der Redner geht dann auf den Handelsvertrag ein und erklärt, daß seine Freunde ihn ablehnen würden.

Abg. Meier (D.) und die Demokraten empfinden es schwer, daß den Bedürfnissen des deutschen Weinbaues in dem deutsch-spanischen Handelsvertrag nicht genügend Rechnung getragen worden ist. Man müsse aber den außenpolitischen Momenten Beachtung schenken und die Interessen abwägen. Es unterliege keinem Zweifel, daß das überwiegende Interesse auf dem Gebiete der Industrieausfuhr liege, die immer noch ein vielfaches der Weinausfuhr betrage.

Reichsaussenminister Stresemann gab zum Ausdruck, daß in der Debatte über den deutsch-spanischen Handelsvertrag auch gleich die Zolltarifnovelle herbeiführt werde, die sonst Gegenstand einer ausführlichen Aussprache sein würde. Zum vorliegenden Handelsvertragsentwurf habe er im Namen der Reichsregierung zu erklären: Von Rednern aller Parteien sind Erklärungen oder Wünsche und Anträge an die Regierung gerichtet worden, die sich einmal auf die Notlage der Winzer beziehen und weiter wünschen, etwaige Mängel des gegenwärtigen Vertrages bei den demnächstigen Verhandlungen zu beseitigen. Im Namen der Reichsregierung erkläre ich hierzu, daß die Reichsregierung bereit ist, sobald nach Annahme des Vertrages in neue Verhandlungen mit Spanien eingetreten, auch im Sinne der von Abg. Borck verlesenen Erklärung der Regierungsparteien. Die Reichsregierung beabsichtigt ferner gemäß der im Handelsvertragsentwurf abgegebenen Zusage ihre Mitwirkung an einer Kreditaktion für die Winzer, sowie weitere Hilfsmaßnahmen und will diese Zusage sofort in die Tat umsetzen.

Abg. Gräfe (WstL) bekämpft den Handelsvertrag und bezeichnet es als eigenartig, daß die Regierung einen Vertrag abschließen, den sie jetzt schon als verbesserungsbedürftig bezeichne.

Nachdem gegen 10 Uhr noch fünf Redner vorgemerkt sind, teilt Präsident Loebe dem Hause mit, daß ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen sei. Gegen Sozialdemokraten und Kommunisten wird der Antrag angenommen.

Die einfache Abstimmung über Art. 1 des Vertrags bleibt zweifelhaft, da die Fraktionen zum großen Teil nicht geschlossen stimmen. Die Kommunisten und Wöllischen stimmen dagegen, die Sozialdemokraten enthalten sich zum Teil der Abstimmung. Der Gesamtergebnis ergibt die Annahme des Art. 1 mit 170 gegen 96 Stimmen bei 98 Stimmenenthaltungen.

Bei Art. 2 nimmt Abg. Koresell (D.) das Wort, um namens der Minderheit seiner Fraktion gegen den Vertrag Stellung zu nehmen.

Art. 2 wird darauf bei schwach besetztem Hause angenommen. Damit ist die zweite Beratung beendet.

Zu der dann folgenden dritten Beratung wird von keinem Abgeordneten das Wort genommen. Zur entscheidenden Schlußabstimmung hat Abg. Koresell (D.) namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag findet nicht die notwendige Unterstützung von 50 Abgeordneten.

In der einfachen Abstimmung wird der Vertrag gegen die Kommunisten und Wöllischen und die kleinen Minderheiten der Deutschnationalen, des Zentrums und der Demokraten angenommen. Die Sozialdemokraten sind der Abstimmung bis auf wenige Ausnahmen ferngeblieben.

Nach 11 Uhr nachts verläßt sich das Haus auf 11 Uhr vormittags. Auf der Tagesordnung steht der Reichswehretat. (Die Verhandlung über das Steuerüberleitungs-gesetz siehe Seite 8.)

Der deutsch-spanische Handelsvertrag ist damit vom Reichstag ratifiziert. Die wirtschaftlichen Interessen, die bei seiner Ablehnung gefährdet gewesen wären, sind gewahrt. Die Sozialdemokratie hat dadurch, daß sie sich der Stimme enthielt, die Deutschnationalen zur Demaskierung gezwungen. Klar ist, daß wohl der deutsch-spanische Handelsvertrag eine Mehrheit hatte, daß aber der Regierung Luther diese Mehrheit gefehlt hat, denn gegen 170 Nichtstimmen der bürgerlichen Parteien stehen 96 Nein der Kommunisten und der bürgerlichen Splitter, sowie 98 Enthaltungen der Sozialdemokraten, im Ganzen 194 Stimmen. Der deutsch-spanische Vertrag ist angenommen. Die Regierung, die seine Annahme oder Ablehnung als Vertrauensfrage betrachtete, ist aber mit 24 Stimmen in der Minderheit geblieben. Daß sie deshalb demissionieren wird, ist freilich nicht zu erwarten, aber ihre Stellung ist erheblich geschwächt.

Berlin, 28. Mai. (Eigener Funddienst.) Zu der Beratung des deutsch-französischen Handelsvertrages schreibt der „Vorwärts“: „Wieder ein jammervoller Zusammenbruch deutsch-nationaler Demagogie. Das war das Kennzeichen der Reichstags-sitzung, die nach der Behandlung wichtiger Steuerfragen die Entscheidung über den deutsch-spanischen Handelsvertrag brachte. ... So laut das Geschrei der Deutschnationalen gegen den deutsch-spanischen Handelsvertrag war, so jammervoll brach es gestern zusammen. Gern hätten sich die Säulen der Reichsregierung vor einer positiven Stellungnahme gedrückt. Sie vertrauten darauf, daß die Sozialdemokraten für den Vertrag stimmen und damit die Regierung gegen die eigenen Freunde schützen würde. Diese Hoffnung schlug fehl. Um den Preis der Hochschätzung, die die Zollnovelle brachte, um den Preis des Brotwunders ließen sich die Deutschnationalen ihren Umsfall abkaufen.“

Eine neue Grubenkatastrophe

Newport, 27. Mai. Ein Funkspruch aus Raleigh (Nordamerika) besagt, daß in einem Bergwerk der Carolina-Coal-Company infolge einer Explosion etwa 50 Bergarbeiter verstorben zu sein würden.

Newport, 28. Mai. Zu dem Grubenunglück in Raleigh (Nordamerika) wird weiter gemeldet: Die Explosion in dem Bergwerk der Carolina Coal-Company in Sanford ereignete sich gegen mittags. Dichte gelbe Rauchwolken machten das Eindringen in den Schacht unmöglich und verhinderten so das Rettungswerk. Zwei Bergleute, mit Gasmasken ausgerüstet, drangen eine kurze Strecke in den Schacht ein, waren jedoch gezwungen, zurückzukehren. Eine spätere Meldung besagt, daß durch eine größere Gruppe Rettungsmannschaften sechs Tote geborgen wurden.

Zur Abrüstungs- und Räumungsfrage

London, 28. Mai. Wie Reuters aus autoritativer Quelle erfährt, wird Deutschland imstande sein, wenn es wolle, in einigen Wochen auszuführen, was in der Note über die Abrüstung verlangt werde. Es wird darauf hingewiesen, daß das alliierte Kontrollkomitee zu der Schlußfolgerung gekommen ist, daß Deutschland nicht alle Abrüstungsverpflichtungen erfüllt habe und daß in Übereinstimmung mit Fachleuten eine Liste der Verletzungen gemäß dem Versailles Vertrag zwecks Ueberreichung an Deutschland aufgestellt worden ist. Das Verzeichnis, das zunächst in Berlin überreicht werden, zeige Deutschland, ohne Raum zu Mißverständnissen zu geben, was es noch zu erfüllen habe. Im ganzen ziehe Frankreich in Betracht, daß Deutschland seine Verpflichtungen in Bezug auf die Verfertigung von Kriegsmaterial nicht erfüllt habe. Gewisse Fabriken, die Kriegsmaterial herstellten, etwa 30 bis 40 aus der Gesamtzahl von mehreren tausend, müßten noch umgestellt werden. Reuters fügt fort, daß unter dieser Zahl Krupp und die Spandauer Werke genannt sind, die nach Ansicht der Franzosen in kurzer Zeit imstande seien, große Quantitäten von Kriegsmaterial herzustellen. Von französischer Seite würden ferner Einwendungen bezüglich des zu großen Stabes der Staatspolizei gemacht. In Bezug auf diese Angelegenheiten sei es nach französischer Ansicht möglich, daß Deutschland die in der Note gestellten Bedingungen bis Ende September erfüllen kann, was die Räumung Kölns zur Folge haben werde. Gemäß der Vereinbarung, die von Dertrot und Rheims mit Deutschland getroffen worden ist, wird das Ruhrgebiet am 16. August geräumt. Zu gleicher Zeit werden Besatzungstruppen von den drei Städten Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zurückgezogen.

Der Preussische Städtetag und die kommunalen Finanzen

Köln, 27. Mai. Die Beratungen des 10. Preussischen Städtetages nahmen heute vormittag ihren Anfang. In der Eröffnungrede erinnerte der Vorsitzende WstL-Berlin an die Not der Städte und sagte u. a. weiter: Es ist ein in der Öffentlichkeit weitverbreiteter Irrtum, zu glauben, daß die Bevölkerung entlastet wird, wenn nur bei dem Reiche die Einnahmen und bei den Kommunen die Ausgaben wachsen. Die bei den Kommunen entstehenden Fehlbeträge müssen durch Kommunalsteuern gedeckt werden, vor allen Dingen durch Erhöhung der Gewerbesteuern und Wertsteuern. Darum werden gerade diese beiden Punkte Gegenstand der Beratungen des Städtetages sein.

Die Sozialdemokratie und der Heeresetat

Rede des Abg. Schöpflin — Eine Kritik der monarchischen Mißstände in der Reichswehr

Der Reichstag trat am Dienstag in die zweite Lesung des Haushalts des Reichswehrministeriums ein. Nach einem sachlichen Bericht, den Genosse Städeln über die Ausschussverhandlungen erstattete, hielt Abg. Schöpflin (Soz.) eine Oppositionsrede gegen die monarchistischen Mißstände in der Reichswehr. Er verwies auf die hohe Belastung durch die Chargen; die Zahl der Offiziere und Unteroffiziere sei im Verhältnis zum Friedensstand viel zu hoch. Schöpflin begründete dann den Antrag unserer Fraktion, das Gehalt des Reichswehrministers zu kürzen, um durch diese Demonstration unser Mißtrauen gegen den heutigen Geist der Reichswehr zum Ausdruck zu bringen.

Er führte aus: Wie kostspielig die Reichswehr ist, ergibt sich daraus, daß auf den Kopf 4 000 M. entfallen; bei dem alten Heere würden die Gesamtkosten bei denselben Ausgaben 3,2 Milliarden M. betragen haben. Bei dieser Gelegenheit wies ich darauf hin, daß für Militärpensionen 1135 Millionen, für die Zivilversorgung im ganzen 65 Millionen in diesem Jahre zu zahlen sind. Im letzten Jahre betrug die Steigerung der Ausgaben für Militärpensionen 286 Millionen M. (Hört! Hört! bei den Soz.) Daran ist allerdings nicht die Reichswehr, sondern das alte Heer beteiligt. Daß die Reichswehr so teuer ist, ist verständlich, wenn man sich die Gliederung ansieht. Ich habe schon vor zwei oder drei Jahren darauf hingewiesen, wie bei der Verteilung der Chargen geradezu verschwenderisch vorgegangen wird. Der Zustand ist nicht mehr fern, wo jeder Leutnant Hauptmann ist. Neben 74 000 Soldaten haben wir über 20 000 Unteroffiziere und 3 695 Oberfeldwebel. Dazu kommen noch 111 Obermusikmeister! Außerdem kommen weiter die über 40 000 Pferde dazu, die die Reichswehr besitzt. Das alte Heer mit rund 800 000 Mann hatte insgesamt nur 160 000 Pferde. Wenn man sich noch die Spezialwaffen ansieht, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß die Ausrüstung weit über die militärischen Notwendigkeiten hinausgeht. Man braucht sich dann allerdings nicht mehr zu wundern, daß insgesamt für Reichswehr und Marine 726 Millionen ausgegeben werden. Es wird bald so weit kommen, daß es in der Reichswehr überhaupt keine Gemeinen mehr gibt. Die Summen für sonstige Zwecke sind so außerordentlich gesteigert worden, daß der Reichstag die Pflicht hat, den Etat genauer anzusehen und Abschnitte vorzunehmen. Den von der Marine geforderten Viceadmiral lehnen meine Parteifreunde ab, ebenso die erste Klasse für einen Kreuzer mit 3,7 Millionen, ferner 8,2 Millionen für fünf neue Torpedoboote und 4 Millionen für die artilleristische Ausrüstung von Torpedobooten.

Als wir uns in der letzten Zeit mit finanziellen Fragen befaßt haben, hat der Reichsfinanzminister a. S. Schellen sich sehr ernst und scharf gegen weitere Ausgaben gewendet und schärfste Sparmaßnahmen auf allen Gebieten verlangt. Erst in den letzten Tagen haben wir ernste Betrachtungen darüber gehört, daß der Etat gefährdet sei, wenn nicht in den Ausgaben Riegel angelegt werden. Hier bietet sich eine Gelegenheit, diese Sparmaßnahme zu üben. Auch bei anderen Punkten der Reichswehr können wir sparen, wenn wir nur zugreifen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Ein Antragsauschuss des Haushaltsausschusses hat erst jetzt festgestellt, daß in der Tat die Gefahr einer Unterbilanz besteht und daß größte Vorbehalt bei den Ausgaben geboten sei. Angesichts dessen lehnen wir den Kreuzer, die 5 Torpedoboote und die artilleristische Ausrüstung der Torpedoboote ab. Wir tun das im Hinblick auf die Finanzlage.

Im Ausschuss ist auch die Frage angeschnitten worden, ob die Weibehaltung der Marine überhaupt noch zweckmäßig sei. In die Verantwortung dieser Frage werden wir herangezogen müssen, wenn weitere dazwischenliegende Forderungen kommen. Schon wird ja gesagt, daß die Schiffe veraltet seien und daß man sie umbauen müsse. Es wird sich fragen, ob die Marine in ihrem heutigen Aufbau, der keinen Geschwern besitzt, erhalten oder auf ein Minimum herabgesetzt werden soll.

Ich bedauere außerordentlich, daß die Flaggfrage in der Reichswehr immer noch eine Rolle spielt. Es gibt noch immer Reichswehrojodaten, die sich mit schwarz-weiß-roten Fahnen zeigen. (Hört! Hört! h. d. Soz.) Die Flagge der Republik ist schwarz-rot-gold. Wenn von jemand verlangt werden muß, daß er diese Farben respektiert, so muß man das von der Reichswehr der Republik verlangen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wenn der Reichswehrminister nur will, dann möchte ich den Soldaten oder Feldwebel sehen, der es wagt, gegen den Staat zu lächeln. Ebenso schlimm ist es mit den Musikkapellen der Reichswehr. Sie beteiligen sich an Festlichkeiten, wo der Stahlhelm und ähnliche Organisationen die ausschlaggebende Rolle spielen, wo man die gegenwärtige Staatsform verspottet, wo die Republik mit Spottversen und -Wiedern überschüttet wird. Hier muß der Reichswehrminister endlich Remedur schaffen. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Nach einer Meldung aus Genf hat die deutsche Regierung auf der Waffenhandelskonferenz erklärt, daß sie vorbehaltlos für ein Verbot der Anwendung von Giftgasen sei. Ich hoffe, daß die Regierungen ihre Bemühungen in dieser Richtung fortsetzen, damit ein Abkommen geschaffen wird, das die furchtbare Gefahr eines künftigen Gaskrieges beseitigt. Im Ausschuss hat die Frage der Zeitsfreiwilligen oder der „Schwarzen“ Reichswehr eine große Rolle gespielt. Es liegen nicht bloß einzelne, sondern viele Meldungen darüber vor, daß Zeitsfreiwillige eingezogen worden sind. Der Reichskanzler Dr. Luther hat behauptet, daß seit 1923 keine Zeitsfreiwilligen eingezogen worden seien. Ich bedauere, feststellen zu müssen, daß das nach unseren Wahrnehmungen nicht stimmen kann. Auf eine Frage von mir, daß private Stellen der Reichswehr Gelder zur Verfügung gestellt haben, bekam ich vom Reichswehrministerium die Antwort, daß das von der Wirtschaft geschehen sei. (Hört! Hört! h. d. Soz.) um die Notlage der Reichswehr zu mindern. Wer kontrolliert diese Gelder? Wie werden sie verwendet? Wer bestimmt über ihre Verwendung, die Reichswehrkommandeure oder der Reichswehrminister? Die Leute, die diese Gelder hergeben, tun das nicht um der schönen Augen des Herrn Gehler willen, sondern zu einem bestimmten Zweck. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wenn heute die Wirtschaft große Summen für diesen Zweck hergibt,

so müssen wir die schärfsten Bedenken dagegen äußern. Ich richte die Frage an den Minister:

Kann er es mit den Aufgaben der Reichswehr vereinbaren, daß sie Gelder entgegennimmt, über deren Verwendung keine Klarheit besteht?

Auf eine weitere Frage an den Minister, die die Beteiligung der Reichswehr an den Übungen junger Leute aus nationalpolitischen Organisationen betraf, wurde mir geantwortet, daß es sich um Werbeübungen handle, um geeigneten geistigen und körperlichen Nachwuchs für die Reichswehr zu erhalten. Es wurde zugegeben, daß Unteroffiziere der Reichswehr mit jungen Leuten Schießübungen veranstaltet haben. In der Antwort heißt es, bei der „Werbeüblichkeit vieler Republikaner“, auch im Reichsbanner, habe man sich an andere Kreise wenden müssen. Wenn in dieser geringfügigen Weise die Republik noch extra genannt wird, so kann man sich vorstellen, wie es bei Herrn v. Jittschow in Bonn und anderen Wehrbezirken zugeht. Auf den Hinweis auf eine republikfeindliche Rede des Herrn v. Jittschow wurde geantwortet, daß sie den Zweck gehabt habe, eine Gegenwirkung gegen die der Reichswehr schädliche Propaganda zu schaffen. Nach meinen Informationen erfolgt noch heute die Ausbildung von Zeitsfreiwilligen. Die Liga für Menschenrechte hat an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, in der von solchen Vorgängen noch aus dem April ds. Js. berichtet wird und wo auch eine Verbeugung in „Jugenddeutschen“ wieder gegeben wird. (Hört! Hört! h. d. Soz.) Wenn die Reichsübungen mit den nationalen Verbänden damit begründet werden, daß sie der Erhaltung der Bevölkerung dienen sollen, so weise ich darauf hin, daß wir für solche Zwecke Sportvereine in Fülle haben, an denen alle Menschen teilnehmen können. Wir haben selbst parteipolitische Sportvereinigungen, in denen zur Erhaltung Gelegenheit geboten ist. Wenn in der Presse auf diese Vorgänge hingewiesen wird, so erfolgen darauf prompt Strafprozesse. Mit welchem Recht strengen sie denartige Prozesse an? Es handelt sich doch nur um Dinge, die allgemein bekannt sind und die von der Reichswehr gar nicht geheim gehalten werden. Durch diese Prozesse erwecken sie aber den Eindruck, daß tatsächlich bestimmte Dinge verbergen gehalten werden sollen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Damit beschließen Sie nur die Sache. Alle in der Presse gemachten Angaben können den Verdacht und das Mißtrauen im Ausland nicht so fällen, wie Ihre Bundesratsprozedure. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Will der Reichswehrminister bestreiten, daß die Kommandostellen der Reichswehr mit den Organisationen des Stahlhelms und des Verweiss zusammenkommen, um mit ihnen über den Ernst zu sprechen?

Ich möchte das Reichswehrkommando sehen, das nur ein einziges Mal mit dem Reichsbanner zu demselben Zwecke zusammengekommen ist. Aber gerade diese Organisation, deren Mitglieder neben ihren sonstigen Berufstätigkeiten aus Abstraktismus den Saug der Republik übernommen haben, meidet man, man wendet sich an andere Organisationen, die als Feinde der Republik bekannt sind. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Aus allen diesen Gründen lehnen wir das Gehalt des Reichswehrministers ab. Wir wollen mit unserer Ablehnung unser Mißtrauen gegen den Minister wegen dieser Vorgänge zum Ausdruck bringen. Der Minister hat wie kein anderer fünf Jahre lang Zeit und Gelegenheit gehabt, die Reichswehr zu einer Einrichtung der Republik zu gestalten. Mit unserer Ablehnung wollen wir sagen, wie wir seine Tätigkeit in dieser Richtung einschätzen. Wir wenden uns damit nicht gegen die Reichswehr, denn wir wissen, daß jeder Staat ein Rechtssystem braucht, wir wenden uns gegen die besprochenen Erscheinungen, gegen die wir in schärfer Weise vorgehen werden. Wenn jetzt Willkürdiktaturen heraufbeschworen werden, die wir mit dem Verschwinden des alten Staates beseitigt glauben, so tragen Sie die Schuld daran. (Beifall der Weisheit! h. d. Soz.)

287 Selbstmorde in der Reichswehr 1923/24

Eine Sonderlesung des Hauptauschusses des Reichstags mußte am Montag einberufen werden, um sich mit der von Jahr zu Jahr größer werdenden Ziffer der Selbstmorde in der Reichswehr zu befassen. Nach einem Bericht des Genossen Städeln haben im Jahre 1923 in der Reichswehr 127 Soldaten im Alter von 20 bis 22 Jahren Selbstmord begangen. In 4 Fällen wurde Mißhandlung als Ursache festgestellt. Wie ein Vertreter des Reichswehrministeriums erklärte, ist die Ziffer des Jahres 1924 noch viel größer: 190 Soldaten haben sich in diesem Jahre selbst getötet, bei 27 blieb es bei einem Versuch. Die höchste Zahl der Selbstmorde fällt in das 21. Lebensjahr (39). Im 22. Lebensjahre wurden 27 Soldaten zu Selbstmördern, 17 waren 20 Jahre alt, 13 hielten erst 19 Jahre. 7 hatten eben das 18. Lebensjahr erreicht und 2 waren erst 17 Jahre alt. Unter den Selbstmördern befanden sich 2 Offiziere, 60 Unteroffiziere bezw. Gefreite und 68 Mannschaften. Merkwürdigerweise sind die Selbstmörder durchweg Leute mit guter Führung. Als Gründe für den Selbstmord werden u. a. angeführt: Diebstahl, Unterschlagung, rechtswidriger Waffengebrauch, Taktlosigkeit gegen einen Vorgesetzten, Wachvergehen, unerlaubte Entfernung oder Ingehorfam, die insgesamt zu 43 Selbstmorden führten. In 35 Fällen waren Liebeskummer, Eifersucht und Alimentsorgen der Grund, in 19 Fällen Krankheit oder Furcht vor der Straftat.

Reichswehrminister Gehler erklärte in der Besprechung dieser schaurigen Statistik, er sei einverstanden, den parlamentarischen Beirat des Reichswehrministeriums zur Prüfung der Selbstmorde in der Reichswehr heranzuziehen. Ueber die Versorgungsfrage liege ein Entwurf vor, der die Länder und Gemeinden mehr als bisher binden soll, frühere Reichswehrangehörige einzustellen.

Die Demotraten und die Zollvorlage

Demokratischer Reichsausschuss gegen Getreideminimalzölle Der demokratische Reichsausschuss für Handel, Industrie und Gewerbe hat in Eisenach eine Tagung abgehalten, die sich mit der deutschen Außenhandelspolitik befaßte. Der Ausschuss nahm eine Entschließung an, die den internationalen Zollabbau als Endziel der deutschen Handelspolitik bezeichnet. Es heißt in der Entschließung:

1. Unentbehrliche Nahrungsmittel und Rohstoffe sollen grundsätzlich frei von Einfuhrzöllen sein.

Unabhängig zu verwerten ist die in der Zolltarifvorlage vorgesehene Festlegung von Minimalzöllen für Getreide. Die Frage, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang Getreidezölle notwendig sind, ist unverzüglich einem Ausschuss von Volkswirten und Praktizern zur Prüfung vorzulegen.

2. Im Interesse der Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft sollen alle Futtermittel zollfrei sein.

3. Gießfabrikate, welche die Grundlage für unsere weiterverarbeitende Industrie darstellen, dürfen, soweit sie nicht gleichfalls zollfrei eingehen, nicht mit Einfuhrzöllen belegt werden, welche die Ausfuhr der Fertigfabrikate erschweren.

4. Bei der Bemessung aller etwa als notwendig erachteten Schutzzölle ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Konkurrenzfähigkeit der gewerblichen Abnehmer der geschützten Waren nicht beeinträchtigt und die Lebenshaltung der dritten Klasse nicht übermäßig verteuert wird.

5. Der aktive zollfreie Veredelungsverkehr ist nach Möglichkeit zu fördern, um der deutschen Industrie neue Möglichkeiten lohnender Beschäftigung zu eröffnen.

6. Die Zollsätze sind durch Gesetz zu bestimmen. Die Bestimmung der Zollsätze darf nicht im Wege der „vereinfachten“ und „ermäßigten“ Gesetzgebung anderen Instanzen übertragen werden.

7. Das System der Kontingentierungen, Ein- und Ausfuhrbewilligungen sowie jede Zwangswirtschaft im Innern und Außenhandel sind zu beseitigen.

8. Bei allen Wirtschaftsverträgen ist mit äußerster Entschiedenheit darauf zu dringen, daß im Personenverkehr der Kulturländer die Reise- und Pafschwierigkeiten fortfallen.

9. Die Handelsbeziehungen Deutschlands zu dem Ausland sollen so bald wie möglich durch langfristige Handelsverträge gesichert werden, die Deutschland die Stellung einer meistbegünstigten Nation gewährleisten.

Die Entschließung wendet sich ferner mit großer Schärfe gegen die Reichsregierung, der sie Mangel an zielbewusster Führung in der Handelspolitik vorwirft.

Polen und der Anschluß Oesterreichs

(Von unserem Wetzlarer Korrespondenten)

Nur zwei Staaten haben ein unmittelbares Interesse, den Anschluß Oesterreichs an Deutschland zu verhindern, die Tschechoslowakei und Italien. Die Tschechoslowakei sagt sich, daß sie, die ohnehin auf zwei Seiten von deutschem Gebiet umklammert ist, nach dem Anschluß eigentlich nur noch eine Enklave, eine Insel im deutschen Meer habe, daher in der freigestellten politischen Handlung erheblich eingeschränkt werden würde. In sich wäre dieser enge Anschluß der Tschechoslowakei an Deutschland das geschäftlich und geographisch Geben und sicher kein Geben für sie. Aber die Entschloßung dieses Staates als Preisgepäcker der Entente und die tschechoslowakische Weisheit wehren sich dagegen. Hierzu kommt der Freges, eine politische Rolle spielen zu wollen, was dem rüchigen Venscha ja bisher, allerdings gumeist dank der Fehler anderer, ganz gut gelungen ist.

Italien befürchtet natürlich, daß der Anschluß Oesterreichs an Deutschland Sibirien bedrohen könnte. Diese Grenzverletzungen waren bekanntlich die Ursache der italienisch-österreichischen Feindschaft, während es einen Gegensatz zwischen dem Reich und Italien eigentlich nie gab. Den aber fürchtet Italien als Folge des Anschlusses, und daher die vor wenigen Tagen erfolgte Erklärung Mussolinis gegen den Anschluß. Es wird Aufgabe unserer Diplomatie sein, dieses Hindernis des tschechoslowakischen Anschlusses Oesterreichs und der Annäherung Italiens an Deutschland zu beseitigen.

Aber Italien und die Tschechoslowakei sind nicht die einzigen Anschlußgegner. Auch Staaten, die nur ein mittelbares Interesse an dieser Frage haben, nämlich Deutschlands Aufstieg zu hindern, wie Polen, gehört zu ihnen. Polen hat seit Kriegsende jährlich etwa zwei Antragsminister verwechselt, die in Parteiprogramm Dmowski eigentlich immer wieder von einem selbst: In jedem Fall gegen Deutschland! Dmowski aber Dmowski tatsächlich der Urheber dieser extremen und einseitigen tschechoslowakischen Politik ist, war er doch erheblich klüger als seine Epigonen: Er wollte den Anschluß Deutschlands an den Hauptteil der österrösischen Länder und hoffte damit Deutschland für seine Verluste im Osten zu entschädigen und von Romandebüchsen an der Ostgrenze abzulenken — also das gleiche Prinzip, das Bismarck in seiner Politik gegen Frankreich nach 1870 verfolgte. Nun hat freilich der unglückselige Korridor das Problem der deutsch-polnischen Beziehungen außerordentlich kompliziert. Dmowski wollte es dadurch lösen, daß er auch Dmowski in Polen einverleibte, eine historisch völlig falsche Orientierung Polens von Norden nach Süden statt von Osten nach Westen und eine Herabdrückung des polnischen Elements in dem neuen Staat unter 60 Proz., was ihn wohl bald gesprengt hätte. Aber richtig war wiederum die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit des Korridors.

Diese Erkenntnis hat man instinktiv auch heute in Polen. Aber man treibt die falsche Angstpolitik, alles gegen einen Beitritt Deutschlands zu tun, statt sich zu sagen, daß, selbst wenn die Korridorfrage einmal in einem Polen unermüdeten Sinne aufgerollt werden würde, es dann immer noch besser wäre, wenn Deutschland Polen gegenüber sich zu gewisser Mäßigkeit verhalten würde. Das könnte Polen erreichen durch eine Förderung des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland. Aber es ist die historische Tragik in der Politik Polens, die Waffen der Gegner zu schärfen.

Das japanische Erdbeben

Tokio, 26. Mai (Gg. Bericht). Nunmehr ist offiziell festgestellt worden, daß die Anzahl der Menschen, die bei dem in der vorigen Woche ausgebrochenen Erdbeben ums Leben gekommen sind, sich im ganzen auf 278 beläuft. Der Eisenbahnschaden wird auf eine halbe Million Yen geschätzt. Sechs japanische Kriegsschiffe wurden ausgerüstet, um in den zerstörten Gebieten Hilfe zu leisten.

Es sieht nunmehr fest, daß das Erdbeben in Japan in seiner Wirkung überhört worden ist. Es sind im ganzen etwa 200 Menschen ums Leben gekommen, viele Tausende allerdings ebenfalls gemordet. Europäer und Amerikaner sind von der Katastrophe nicht betroffen. Nördlich erstreckt sich drei Meilenlang an der Westküste. Auch Osaka, Kobe und Kyoto sind befallene worden. Das Beben, das knapp 15 Sekunden dauerte, veranlaßte vor allem japanische Seidenpinnerien und verhängte die bedeutendste Silbermine von Jizuo. Wenige Minuten nach dem Erdbeben ist ein Vulkan in der Provinz Shinano ausgebrochen. Die Dampfkraftwerke für die Bergwerke und Obdachlosen sind großartig organisiert. Der Wiederaufbau der zerstörten Städte schreitet schnell vorwärts. Die Gefahr eines weiteren Erdbebens besteht nach den Angaben Sachverständiger nicht mehr. Die Katastrophe kam so überraschend, weil bisher die Zone im Süden und Nordwesten Japans für Erdbebenfrei galt. Der Ozean scheint diesmal im Meer gelegen zu haben.

Deutscher Reichstag

Berlin, 27. Mai.

In allen drei Lesungen genehmigt der Reichstag zunächst ohne Debatte das internationale Übereinkommen über den Eisenbahnpersonen- und Gepäcksverkehr. Ohne Aussprache wird auch der zweite Nachtragsrat für 1925 angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Steuer-Überleitungs-Gesetzes.

Abg. Dr. Ferry (Soz.) betont, die Steuervorlage der Regierung sei die Aufrechterhaltung des in der Inflationszeit durchgeführten Systems, die wirtschaftlich schwächsten Schichten steuerlich am stärksten zu belasten. Die Begünstigung des Vermögens komme auch in dem vorliegenden Steuerüberleitungs-Gesetz zur Geltung. Die Minderfraktion der Steuerüberleitungs-Gesetzgebung würde eine Ungerechtigkeit sein, weil die Rückzahlungen erfolgen müßten aus den Mitteln, welche die Lohnsteuer der breiten Massen erbracht hat. Gerecht und zweckmäßig wäre es, unter das Jahr 1924 einen Strich zu machen. Eine Rückzahlung könne nur beim Nachweis öffentlicher Güter in Frage kommen. Bei der Lohnsteuer habe der Ausschuss einige Verbesserungen beschlossen. Die Neugestaltung des Kinderprivilegs sei aber höchst unzulässig und ungerecht erfolgt. Der Ausschussbeschluss stellt geradezu den Grundfuß auf, je höher das Einkommen, um so höher das steuerfreie Existenzminimum. Angesichts der großen Preissteigerungen, die als Wirkung der Inflationslage zu erwarten sind, seien die Steuerentlastungen zu gering. Selbstverständlich, daß der Großbesitz geschützt werden müsse, werde in der Steuervorlage der Regierung verwirklicht.

Abg. Brüning (Zent.) behauptet, daß in der vorliegenden Steuervorlage den sozialen Bedürfnissen nicht genügend Rechnung getragen worden sei. Andererseits sei es notwendig, das Steuer-Überleitungs-Gesetz schleunigt zu verabschieden, um endlich der Wirtschaft die nötige Sicherheit zu geben. Für die Übergangzeit seien durch die Ausschussbeschlüsse wesentliche Entlastungen geschaffen worden. Eine Oppositionspartei habe es leicht, populäre Forderungen zu stellen. Das Zentrum habe weiter die Verantwortung dafür tragen, daß die Reparationsverpflichtungen erfüllt werden können. Die Kinderprivilegien sind in erster Linie nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus ethischen Gründen eingeführt worden. Das Existenzminimum bei der Lohnsteuer ist freilich für die großstädtische Bevölkerung zu niedrig, aber eine Erhöhung ist leider nicht möglich, weil sonst der Einnahmeausfall für die Finanzverwaltung zu groß würde.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) macht der Regierung den Vorwurf, daß sie trotz aller Mahnungen des Ausschusses die dringendsten Steuerreformvorlagen zu lange hinausgezögert habe. Darum könnten die wichtigsten Materien im Ausschuss nicht mit der Dringlichkeit beraten werden, die sie verdient hätten. Zunächst hätte die Regierung eine Vorlage zur Herabsetzung der Umsatzsteuer einbringen müssen. Die demokratische Fraktion richte in einer Entschließung an die Regierung die Aufforderung, das Verbot zu schleunig nachzugeben. Der Öffentlichkeit gegenüber wäre es nicht zu verantworten, wenn durch das unveränderte Steuerüberleitungs-Gesetz das von der Regierung feierlich gegebene Versprechen einer nachträglichen gerechten Veranlagung für 1924 gebrochen würde. Wir beantragen, die Regierung möge schleunigst einen Gesetzentwurf über die Veranlagung für 1924 einbringen. Gerade die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden haben daran das größte Interesse. Der Rechner erhebt zum Schluß, die demokratischen Verbesserungsanträge anzunehmen.

Abg. Dr. Otto (D. V.) bedauert, daß es nicht möglich gewesen ist, die Veranlagung für 1924 durchzuführen. Das wäre wohl eine gerechtere Lösung gewesen. Es sei richtiger und der wirtschaftlichen Verhältnisse zuträglich, im Sinne der Vorlage unter das Jahr 1924 einen Strich zu machen. Große Härten könnten dann nach einer Bestimmung im § 9 des Entwurfs ausgeglichen werden. Der demokratische Antrag auf Ermäßigung der Vorauszahlungen würde einen zu großen Einnahmeausfall herbeiführen.

Abg. Sölllein (Komm.) wendet sich dagegen, daß die Lohnsteuer, die nur als Übergangsmaßnahme gedacht gewesen sei, zu ungunsten der arbeitenden Massen anscheinend herabgesetzt werden solle. Wenn nun noch die Wiederherstellung eintrete würde, so würden die Lebensmöglichkeiten der Lohn- und Gehaltsempfänger völlig vernichtet werden.

Abg. Dr. Preyer (Dnt.) bemängelt die Ausschussbeschlüsse und setzt sich mit dem Abg. Dr. Fischer auseinander, der mit ähnlichen Antworten die sozialen Gesichtspunkte des Ausschusses hervorhebt. Man werde nicht weiter gehen können, da sonst nach den Erklärungen des Reichsfinanzministeriums die Einnahmeausfälle zu groß würden.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzelberatung werden die vorliegenden Änderungsanträge und Entschließungen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Einmütig angenommen wird dagegen ein kommunikativer Antrag, wonach eine teilweise oder volle Erstattung der für 1924 einbehaltenen Lohnsteuerbeträge auf Antrag stattfinden, wenn bei den Lohnsteuerpflichtigen besondere persönliche oder wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen haben, die keine Steuerfähigkeit wesentlich beeinträchtigt haben. Als solche Verhältnisse gelten insbesondere auch außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, durch Krankheit, Körperverletzung, Vermundungen oder Invalidität.

Eine Entschließung des Zentrums ersucht die Regierung, beim Abschluß der letzten Steuerreform einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Gesamtjahresaufkommen aus der Lohnsteuer auf 1,2 Milliarden beschränkt, bis ein steuerfreies Existenzminimum von 1200 Reichsmark jährlich für die Lohnsteuerpflichtigen nicht erreicht ist. Gegen die Stimme der Sozialpartei wird die Ausschussüberweisung abgelehnt und die Entschließung des Zentrums angenommen.

Damit ist die Aussprache zu Ende. Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten und Völkischen einstimmig angenommen.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf, der die Dauer der Erwerbslosenunterstützung im besetzten Gebiet über 26 Wochen hinaus verlängern will. Die Regierung lehnte den Antrag ab, da der unbegrenzte Bezug von Erwerbslosenunterstützung auf die Dauer nicht zu ertragen sei. Nach Abschließung aller Anträge unserer Genossen wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, 1. von ihren Befugnissen aus § 18 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge zugunsten der Arbeitslosen im besetzten Gebiet den notwendigen Gebrauch zu machen und insbesondere, soweit es die Lage des Arbeitsmarktes erfordert, die Dauer der Unterstützung über 26 Wochen hinaus bis auf ein Jahr zu verlängern; 2. für die vermehrte Bewilligung öffentlicher Aufträge und Bereitstellung ausreichender Kostensarbeiten im besetzten Gebiet, die zur Aufnahme

der ausgesteuerten Erwerbslosen dienen können, nachdrücklich Sorge zu tragen; 3.) im Zusammenwirken mit den Regierungen der beteiligten Länder sicherzustellen, daß die Gemeinden des besetzten Gebietes denjenigen ausgesteuerten Arbeitslosen, die die Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen müssen, eine wirksame Fürsorge zuteil werden lassen.

Sozialdemokratischer Antrag zur Amnestie. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat dem „Vorwärts“ zufolge im Hauptausschuß des Reichstages eine Entschließung eingebracht, in dem die Regierung ersucht wird, gelegentlich der Vorlegung des Gesetzentwurfs über eine allgemeine Amnestie auch einen solchen über die Amnestierung von Disziplinarvergehen der Reichsbeamten einzubringen.

Aus dem Freistaat Baden

Kronzeugen des Reichsblochs

Der „Apache der Oststadt“

Wie in Durlach, so kam es auch in Mannheim in Anlehnung der Reichspräsidentenwahl zu Zusammenstößen zwischen Anhängern des Reichsblochs und Mannschaften des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Und wie in Durlach, so waren natürlich auch in Mannheim die braven, harmlosen Götter- und Patenkronzeugen ganz unschuldig, sie führen stille und ruhig ihres Wegs und böse und schuldig waren nur die Reichsbannermannschaften, die die „Braden“ Reichsblochs überfielen. Und wie in Karlsruhe und Durlach, so trieb auch in Mannheim die nationalsozialistische Presse eine wilde Hege gegen das Reichsbanner. Besonders verärgert wurde der Arzt Dr. Friedmann, den man beschuldigte, er habe es abgesehen, verwundete Angehörige des Reichsblochs zu verbinden und er selbst selbst mit dem Gummihüpfel gegen diese Leute vorgegangen. Alle Nichtstellungen und Aufklärungen blieben fruchtlos — wie in Karlsruhe, die Hege ging unentwegt weiter. Infolge der Reichspräsidentenwahl hat sich nun ein Mannheimer „Volkstimme“ nicht sich nicht genügt, eine Charakteristik des Reichsbanners, der die Unmoralitäten verbreitet, zu geben, sie stellt fest, daß die Aufschuldigungen von einem Manne gegeben werden, der ein polizeibekannter Schwäger und motorischer Lügner ist. Dieser noble Herr, der die meisten der erhobenen Angriffe gegen das „Reichsbanner“ mit seinem Namen deckt, heißt Karl Friedrich Hahn und wohnt in der Viktoriatraße 9 in Mannheim. Er hat, wie ganz bestimmt festgestellt worden ist, seine Wohnung während des Zusammenstoßes überhaupt nicht verlassen und wagt es trotzdem, die unglücklichsten Verleumdungen auch heute noch aufrecht zu erhalten. Besser als lange Ausführungen kennzeichnet folgende Strafliste des Kronzeugen des Reichsblochs, der auch in weiten Kreisen unter dem Beinamen „Apache der Oststadt“ bekannt ist, seine besondere Vereingenschaft als Gemächsmann der Generalanzeigerpresse und des Reichsblochs.

Herr Karl Friedrich Hahn, geb. am 3. Mai 1892, wohnhaft in Mannheim, Viktoriatraße 9, wurde von Mannheimer Gerichten zu folgenden Strafen verurteilt:

- 8. Mai 1921 zu Ehren seines Geburtstages wegen Diebstahl drei Tage Gefängnis.
- 11. April 1923 vom Schöffengericht wegen Unterschlagung vier Wochen Gefängnis.
- 24. April 1923 vom Schöffengericht wegen Betrug 50 000 M Geldstrafe oder 334 Tage Gefängnis.
- 17. August 1923 vom Amtsgericht wegen unerlaubten Handels 500 000 M Geldstrafe oder ein Monat Gefängnis.
- 5. Dezember 1923 vom Amtsgericht wegen Betrug sechs Wochen Gefängnis.
- 27. Dezember 1923 vom Amtsgericht wegen Betrug sechs Wochen Gefängnis,

die beiden letzten Strafen zusammengefaßt zu zehn Wochen Gefängnis.

Das ist das Reumundzeugnis, das diesen ehrenwerten Herrn, wie es scheint, besonders befähigt, die nationalen Belange zu vertreten. Man soll natürlich im politischen Leben von solchen Einzelpersonen nicht auf die Bewegung schließen, der sie angehören. Aber es ist doch sonderbar, daß in einer ganzen Anzahl von Fällen die Kronzeugen des Reichsblochs — wir brauchen dabei nur an die Durlacher Vorgänge zu erinnern — ein so schlechtes und gerichtsunkennendes Verhalten haben. Wir wollen hoffen, daß der Beschäftigte solcher Straflisten bei den völkischen Verbänden nicht als besonderes Empfehlungsschreiben gewertet wird.

Bevorstehende Änderungen des Steuerabzugs vom Arbeitslohn

Der Steuerantrag des Reichstags hat wesentliche Änderungen des Steuerabzugs vom Arbeitslohn beschlossen, die am 1. Juni 1925 in Kraft treten sollen. Der steuerfreie Lohnbetrag, der bisher 60 M monatlich (15 M wöchentlich ufw.) betrug, soll auf 80 M monatlich (18,60 M wöchentlich, 3,10 M täglich, 0,80 M gemeinverständlich) erhöht werden. Außerdem soll künftig die Ermäßigung des zehnprozentigen Steuerfußes, die bisher für jeden zu berücksichtigenden Familienangehörigen 1 v. H. betrug, vom dritten Kind ab je 2 v. H., wenn jedoch der Arbeitslohn 250 M im Monat, 60 M in der Woche, 10 M am Tage nicht übersteigt, schon vom zweiten Kind ab 2 v. H. betragen. Diese Bestimmungen sollen für alle Lohnzahlungen gelten, die für eine noch dem 31. Mai 1925 erfolgende Dienstleistung bewirkt werden. Es ist anzunehmen, daß die vorstehenden Änderungen Gesetz werden. Die Arbeitgeber müssen sich schon jetzt auf die Änderungen einstellen, damit sie in der Lage sind, den Steuerabzug vom 1. Juni ab richtig zu berechnen. Die Einzelheiten der voraussichtlichen neuen Regelung ergeben sich aus einem Merkblatt, das bei den Finanzämtern unentgeltlich abgeholt werden kann. Das Merkblatt gilt nur, wenn das Gesetz, das die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages und den Ausbau des Kinderprivilegs vorseht, bis zum 31. Mai 1925 verabschiedet wird. Für eine rechtzeitige Mitteilung hierüber in der Presse wird gefordert werden.

Zahnhygienische Ausstellung in Karlsruhe

Zu der vom 5.—13. September ds. Js. in Karlsruhe stattfindenden Ausstellung und Tagung der Deutschen Dentisten haben schon mehrere Großbezirke des Reichserverbandes Deutscher Dentisten beschlossen, mit Exkursionen zur Ausstellung und Tagung zu erscheinen. Für die Ausstellung selbst haben nicht nur die größten deutschen Spezialfirmen, sondern auch die bedeutendsten Firmen des Auslandes, u. a. auch aus England und Amerika Plätze in der Ausstellungshalle belegt.

Aus der Partei

Soz. Arbeiterjugend. Gruppe Forchheim. Donnerstags Diskussionsabend. — Sonntag, 31. Mai; Wanderung zum Schloß Favorit.

Döppner. Den Fremden und Parteigenossen, Arbeiterportalen und Touristen diene zur Kenntnis, daß unser Parteiblatt, der „Volkfreund“, hier nur in einer Wirtschafft aufgelegt, nämlich im Gasthaus „zum Lor“, Wir bitten, dies berücksichtigen zu wollen.

Gewerkschaftliches

Unterrichtsurse des Fabrikarbeiter-Verbandes

Der Verband der Fabrik-Arbeiter Deutschlands veranstaltet zur Zeit in Deutschland in den einzelnen Gauen Unterrichtsursen zwecks besserer Durchbildung der Vertrauensleute und einzelner Funktionäre. Ein solcher Kurs fand auch in Stuttgart in der Woche vom 18. bis 23. Mai 1925 statt. Der Lehrplan umfaßte folgende Fächer: Betriebsrätegesetz und Arbeiterrecht 8 Vorträge, Arbeitsvertrag nach G.O. und B.G.B. 3 Vorträge, Geschichte und Theorie der Gewerkschaften 6 Vorträge, Volkswirtschaft 7 Vorträge, Sozialversicherung 6 Vorträge. — Als Lehrer fungierten Adler, Brüll, Schmidt und Thieme, sämtliche vom Hauptvorstand in Hannover. Der Kurs hat alle Beteiligten sehr befriedigt und so recht gezeigt, welche dringende Bedürfnisse es ist, die Funktionäre der Gewerkschaften mit den behandelten Gebieten recht eingehend vertraut zu machen.

Die Lohnfreistellungen bei der Hochbahn

Der Versuch des Vorstehenden des Schlichtungsausschusses Großberlin, zwischen den Vertretern der Direktion und des Personals der Hochbahngesellschaft zu vermitteln, um im Rahmen einer unverbindlichen Aussprache eine Verständigungsmöglichkeit zu suchen, scheiterte, weil besonders über die Lohnforderungen ein Übereinkommen nicht erzielt zu werden vermochte. Infolgedessen wurde für Dienstag ein Schiedsgericht einberufen.

Wiederaufnahme der Arbeit auf den Berliner Holzplätzen

Nach mehrwöchiger Dauer wurde der Streik auf den Berliner Holzplätzen durch eine Verständigung über die Lohnregelung beendet. Die Arbeit wurde heute früh in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Einigung im Versicherungsgewerbe

Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsgesellschaften und am Tarifvertrag beteiligten Angestelltenorganisationen haben den am 14. Mai von den Vertretern des Arbeitsministeriums, Referent Bauer, gemachten Einigungs-vorschlag, der eine Erhöhung der Gehälter und Spesen um 5 Prozent mit Wirkung vom 1. Mai vorsieht, angenommen.

Genossenschaftsbewegung

Arbeiterbewegung und Genossenschaften. Von Hermann Reichner. 2. Auflage. Band 2 der internationalen Genossenschaftsbücherei. Verlag: Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena. Preis 2 M.

Nicht nur der Förderung der Sache in agitatorischer Hinsicht will die Schrift dienen; es geht auch, die prinzipielle Seite mehr herbeizuholen, als wie das bisher geschehen ist. Wenn die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, für die Genossenschaften, für die Konsumvereine, einzutreten, dann müssen sie auch wissen, warum. Der Hinweis auf die vorteilhafte Warenvermittlung allein reicht nicht aus. Es war daher auch die soziale Bedeutung besonders scharf herbeizuholen. Denn gerade sie macht der modernen Arbeiterbewegung die Arbeitergenossenschaften wertvoll. Wird das erst in den Massen der Klassenbewußten Arbeiter richtig bekannt, werden sie mit viel mehr Eifer als bisher auch für die Förderung der Konsumvereine eintreten. Es ist aber auch der Heberschätzung der Bedeutung der Konsumvereine entgegenzutreten und auf die übertriebene Neutralität hinzuweisen.

Gerichtszeitung

Schwurgericht Karlsruhe

Einen schlechten Späß, der einen schlimmen Ausgang nahm, erlaubten sich die Angeklagten Eugen Diderhoff, Holzarbeiter aus Philippsburg, Josef Hencla, Kraftwagenführer aus Neuthard, Lorenz Kötzeisen, Hilfswaldbüter aus Hambrücken, die wegen

Körperverletzung mit Todesfolge

vor dem Schwurgericht standen. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, am 18. September 1923 den Tod ihres 15 Jahre alten Arbeitskollegen Ernst Roderer von Guttenheim, der gleich ihnen im Reparatur-Graben-Reudorf beschäftigt war, durch ein an Roderer vorgenommenes elektrisches Experiment verschuldet zu haben. Diderhoff hatte sich des öfteren mit den jüngeren Arbeitern Späße dadurch erlaubt, daß er dieselben gelegentlich elektrifizierte. Diese Experimente sind glücklicherweise ohne Nachteil für den Betroffenen verlaufen. Im Falle Roderers hatte nun der Angeklagte Diderhoff einen Leitungsdraht an die 220 Volt starke Lichtleitung angeschlossen und den Kontakt dadurch hergestellt, daß er den Draht mit der Türklinke an der zum Heizraum führenden Tür verband (!). Um die Stromwirkung zu erhöhen, schüttete er vor die Tür einen Eimer Wasser. An dem genannten Tage schiedten nun die Angeklagten den Roderer in den Heizraum. Als der ahnungslose Roderer die Türklinke erfaßte, wurde er vom elektrischen Strom getroffen und sang tot in sich zusammen. Die Angeklagten erklärten, sie seien selbst über die Wirkung bestürzt gewesen. Das Gericht fällte folgendes Urteil: Wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung erhielt Diderhoff als Anführer acht Monate, Kötzeisen drei Monate und Hencla einen Monat Gefängnis. Letzterem wurden 14 Tage Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet. Das Gericht war der Auffassung, daß es sich nicht nur um einen harmlosen Scherz handelte, sondern daß vorläufige Verperliche Mißhandlung in Frage käme.

Neuheiten für Sommer:
 Wollmousselin, Frotté, Foulardine,
 Rohseide, Marocain, Crepe und Crepon
 in großer Auswahl 3140
Wilh. Braunagel, Herrenstrasse 7
 zwischen Kalsorstr. u. Schloßpl.

Unterhaltung und Belehrung

Pelle der Eroberer

Von Martin Andersen Nexé

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

Jetzt trieb die Brummeluh ihr Spiel. Jeden Augenblick mußte Pelle von seinem Lager aufstehen und schelten: „Dedo, Blaska, du niederträchtiges Vieh, willst du wohl machen, daß du da weg kommst!“ — er war heiser vor Wut. Endlich riß ihm die Geduld, er griff nach einem gehörigen Spannschloß und schloß die Tür, die nach dem Hofe führte. Sobald sie die Türschloß machte, lief sie in hellen Sprüngen dem Hofe zu. Pelle mußte einen großen Vogen machen, um sie der Herde wieder zuzutreiben. Dann ging es in gestrecktem Galopp zwischen die anderen Kühe hinein und wieder heraus, die Herde geriet in Verwirrung und rannte hierhin und dahin, Pelle mußte für eine Weile die Verfolgung aufgeben, bis er sie wieder zusammengetrieben hatte. Aber sofort begann er von neuem. Die Erbitterung lockte in ihm und machte ihn springen wie einen Ball, sein nackter Körper zeigte leuchtende Schweißperlen auf der grünen Weide. Er war nur ein paar Klafter von der Kuh entfernt, aber der Abstand verringerte sich nicht, er konnte sie heute absolut nicht einholen.

Oben beim Roggen blieb er stehen, und im selben Augenblick blieb auch die Kuh stehen; sie rief ein paar Wüßel Stroh ab und streckte den Kopf lang aus, um die Richtung zu wählen. In zwei Reihen sprangen die Kühe auf und saßen sie beim Schwanz. Er schlug ihr den Spannschloß über die Schnauze, so daß sie aus dem Ader herausblutete, und nun ging es in stiergerade Linie zu den anderen hinab, während die Schläge auf ihre Knochen herabsagelten. Von den Dänen her kam jeder Schlag zurück wie ein Hieb gegen einen Baumstamm und schwellte Pelles Mut, die Kuh gegen ihn während des Laufens abzuschnellen, aber er ließ nicht locker. Sie setzte in langen Sprüngen über den Bach, hin und her, Pelle hing nur noch so und schwebte in der Luft; oder die Schläge führten fort, auf sie herabzuregen. Sie wurde müde und ließ mit dem Laufen nach; schließlich stand sie ganz still, hustete und ließ sich ruhig prüfeln.

Pelle warf sich platt auf den Bauch nieder und leuchtete. Da, da, das hatte ich doch endlich warm gemacht! Du wollst er sie schon kriegen, das Vieh! — Schließlich kehrte er sich mit einem Ruck auf die Seite herum — der Verwalter! Ein fremder, bärtiger Mann stand über ihn gebeugt und sah ihn mit erstickten Augen an. Der Fremde fuhr lange fort, ihn anzufassen, ohne etwas zu sagen, und Pelle wußte sich nicht zu verteidigen, er sah nur die Augen; und dann kehrte er auch die Sonne gerade ins Gesicht, wenn er den Mann wieder anschauen wollte — und die Kuh stand noch immer da und hustete.

„Was meinst du, das der Verwalter jetzt sagen wird?“ fragte der Mann endlich sehr ruhig.

„Ach, der sieht es wohl nicht“, flüsterte Pelle und sah sich scheu um.

„Aber der liebe Gott hat es gesehen, denn der sieht alles. Und er führte mich auf deinen Weg, um dem Vieh in die Gierigkeit zu geben, solange es noch Zeit ist. Möchtest du nicht sein Gottes Kind sein?“ Der Mann seufzte sich neben ihn und ergriff seine Hand.

Pelle sah da und raufte Gras aus und wünschte, daß er seine Kleider angehabt hätte; er nicht.

„Und dann mußt du auch nicht vergessen, daß Gott der Vater alles sieht, was du tust, selbst in der dunkelsten Nacht sieht er es. Wir wandeln immer vor Gottes Antlitz. Aber dann mußt du auch nicht vergessen, daß du nicht umherlaufst!“ Der Mann nahm ihn bei der Hand und führte ihn zu seinen Kleider; dann ging er auf die Nordseite hinüber und trieb das Vieh zusammen, während Pelle sich ankleidete — die Gelle war schon wieder da, drüben und hatte ein paar andere mit sich gezogen. Pelle sah ihm verwundert nach; er trieb ganz ruhig das Vieh zurück, brauchte weder Steine noch Rufe. Er er zurückkam, hatte Blaska die Grenzschleife schon wieder überschritten; er kehrte zurück und trieb sie weg, ebenso sanftmütig wie vorher.

„Das ist keine bequeme Kuh“, sagte er milde, als er zurückkam — aber du hast ja junge Weine. Wollen wir den da nicht verbrennen?“ er nahm den dicken Knüttel vom Boden auf — und unsere Arbeit mit den hohen Dänen verrichten? Gott wird dir stets beistehen, wenn Not am Mann ist! Und wenn du ein wahres Kind Gottes bist, willst du nicht dem Verwalter heute abend erzählen, wie du dich aufgeführt hast — und deine Strafe hinnehmen.“ Er legte Pelle seine Hand auf den Kopf und sah ihn eine Weile mit diesem unerträglichen Blick an. Dann ging er, den Knüttel aber nahm er mit.

Pelle sah ihm lange nach. So also sah einer aus, der von Gott gesendet war, um ihn zu warnen! Jetzt wußte er das, und es würde lange währen, bis er wieder eine Kuh zuschanden zählte. Aber zum Verwalter gehen und sich selbst melden — und die Peitsche auf den hohen Weinen fällen — das sollte ihm denn doch nicht einfallen! Dann mochte Gott der Herr lieber Löse auf ihn werden — ob der nun auch wirklich alles sehen konnte? Schlimmer als der Jort des Verwalters konnte er wohl nicht werden.

Den ganzen Vormittag ging er bedrückten Sinnes einher. Die Augen des Mannes ruhten auf ihm bei allem, was er unternahm, zauderten ihm seine Unbefangenheit. Er tastete sich schweigend vorwärts und griff alles von einer neuen Seite an; es war nicht raffant, Däm zu schlagen, wenn man beständig vor dem Antlitz Gottes des Vaters wandelte. Er knallte nicht mit der Peitsche, sondern überlegte im stillen, ob er nicht auch die verbrennen sollte.

Aber kurz vor Mittag kam Rud, und das Ganze war verfallen. Er raufte auf einem Stück spanischen Rohrs, das er von dem Ofenreiner seiner Mutter abgehämmert hatte, und Pelle taufte sich ein paar Rüge für ein Stück Butterbrot ein. Zwei Leuten sie sich hin und ritten auf dem Ochsen Amor, der balag und wiederläute. Er kante ruhig, mit geschlossenen Augen weiter, bis Rud ihm das brennende Stück spanischen Rohrs gegen die Schwanzwurzel drückte, da sprang er hastig auf, und die Jungen trundelten über seinen Kopf herunter. Sie lachten und malten sich gegenseitig prahlend ihre Puzelstämme aus, während sie an den Feldreim hinaufgingen, um Strombeeren zu suchen. Von da ging es zu einigen Vogel-

nestern in den kleinen Tannen, und endlich machten sie sich an ihr bestes Spiel — Mäusenester auszugucken.

Pelle kannte jedes Mäusenest in der ganzen Gegend; sie lagen auf dem Bauch und untersuchten sie sorgfältig. „Hier ist eins, das bewohnt ist“, sagte Rud, „sieh nur, da ist der Misthaufen.“ — „Ja, hier riecht es nach Mäusen“, bekräftigte Pelle und steckte seine Nase in das Loch hinein. „Und die Strohhalmte wenden noch außen — die Alten sind offenbar nicht zu Hause!“

Mit Pelles Messer schnitten sie die Mäusen weg und fingen mit zwei Topfdeckeln eifrig zu graben an. Die Erde flog ihnen um die Ohren während sie schwätzen und lachten.

„Na, zum Kuckuck auch, das geht ja fig!“ — „Ström war ein berühmter Schnellarbeiter, der fünfundsiebzig Cete mehr am Tage bekam als die anderen Schnitter und benutzt wurde, um die Arbeit zu treiben.“

„Wir kommen gleich direktam in den Bauch der Erde rein.“

„Ja, aber da ist es glühend heiß.“

„Ach was, Unsinn, nicht?“ Pelle hielt bedenklich mit dem Graben inne.

„Ja, das sagt der Schulmeister.“

Die Knaben zögerten und steckten eine Hand in das Loch hinein — ja, warm war es da unten. Sogar so warm, daß Pelle meinte, er müsse die Hand zurückziehen und „Au, Teufel auch!“ sagen. Sie überlegten eine Weile und fingen dann von neuem an, unten in dem Loch zu scharren, so vorsichtig, als gälte es das Leben. Aber nach einer Weile kamen da unten im Gang Strohhalmte zum Vorschein, und die innere Hitze der Erde war mit einem Schläge vergessen. Schlemmig hatten sie das Nest abgedeckt, und die neugeborenen rotenrotten Jungen auf das Gras gelegt — sie glühten heiß angebratenen jungen Vögeln.

„Sie sind großlich“, sagte Pelle, der nicht so recht Mut hatte, sie anzufassen, sie aber schämte, es eingestehen. „Sie sind viel eiliger anzurühren als ne Kröte — ich glaub wirklich, sie sind giftig.“

Rud lag da und klemmte sie zwischen den Fingern.

„Giftig — bist du verrückt; sie haben ja keine Zähne! — Und Knochen haben sie auch nicht, man kann sie gewiß essen.“

„Kuh! Teufel!“ Pelle spie aus.

„Ich will gleich in eine reinsteigen. — Hast du auch den Mut?“

Rud näherte eine junge Maus seinem Munde.

„Oh ich den Mut hab, — ja, woll hab ich den Mut — aber —“ Pelle zögerte.

„Ne, du magst es nicht, du bist ne Bangbüchse.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Elektrifizierung der Bahnen

Nachdem erst kürzlich Herr Reichsbahndirektor Maier im Reichstagen und Ingenieur-Verein in Karlsruhe im Zusammenhang mit der Ausnutzung der Wasserkraft in Baden über dieses so aktuelle Thema gesprochen hat, behandelte Herr Dr. Ing. Albert W. Scherl, Direktor der Brown, Boverie und Cie., A.-G. Mannheim, des Vortrages am 19. ds. Mts. in einem Vortrag im Oberhessischen Elektrotechnischen Verein, Karlsruhe die Entwicklung der „Energiespeicherung mit elektrischem Wechselstrom-Systemen“. Nach einer kurzen Einleitung, in welcher die Hemmnisse, welche die Entwicklung durch den Weltkrieg erfahren, geschildert wurden, und dem regen Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen der deutschen Reichsbahn und den Verwaltungen der Eisenbahnen der Schweiz und Schweden, welche das gleiche System wie Deutschland anwenden, gebührend Erwähnung getan wurde, kam der Vortragende zu seinem eigentlichen Thema. Er zeigte, dass nach wie vor die Deutsche Reichsbahn mit der von ihr gewählten Stromart, dem Einphasen-Wechselstrom als Energieträger auf dem richtigen Wege ist, daß die Voraussetzungen bekannt, die erfüllt sein müssen, wenn die Wirtschaftlichkeit der Elektrifizierung gewährleistet sein soll und zeigte vor allem, daß in unfern gemäßigten Breiten eine große Anzahl von Strecken „elektrifizierungswürdig“ sind, indem sie die Wirtschaftlichkeitsbedingung erfüllen. Bezüglich der Wechselstrom-Systeme L o t o m o t i v e unterchied der Vortragende 3 Entwicklungsstadien. Das erste von Beginn bis zum Jahre 1910 wurde als Versuchsstadium gefolgt, welches gestattete, eine große Anzahl von Versuchsreisen zu erkennen. Das zweite von 1910 bis zum Jahre 1915 und in seiner Abwicklung (den glücklichen neutralen Ländern nachfolgend) bis 1920 stellt sich dar als erste Verwirklichung in größerem Maßstabe des elektrischen Betriebes in Deutschland, bei welcher die Kinderkrankheiten als völlig überwunden gelten konnten, in wirtschaftlicher Hinsicht dagegen noch mancherlei Verbesserungsbedürfnisse erkannt wurden. Das dritte Stadium, von 1920 bis heute, wurde gekennzeichnet, als eine Zeit, in welcher alle eigenen Erfahrungen, sowie die im Austausch mit anderen Bahsverwaltungen gemachten Resultate verarbeitet und bis zu einem Grade verwertet wurden, welcher die durch den Krieg verlorene Zeit als wieder eingewonnen erkennen läßt und die richtige Bahn zur Elektrifizierung wieder in den ersten Reihen in Erscheinung treten läßt. Wenn der Vortragende hierbei der intensiven Zusammenarbeit zwischen Reichsbahn und Eisenbahnen Erwähnung tat, so kennzeichnete er hiermit den Weg, den wir heute allgemein in Deutschland gehen sollten, um in die Höhe zu kommen.

Nach sehr interessanten Darlegungen über die theoretischen Untersuchungen und praktischen Entwürfe, an denen der Vortragende und seine Firma regen Anteil genommen zu haben freuten, wurden auf gelungene Lichtbilder der für die Erneuerung des Betriebes auf den bestehenden Strecken in Schlesien und Mitteldeutschland, vor allem aber für die Neueinrichtung des elektrischen Betriebes auf den bisherigen Strecken, im Bau befindlichen und gelieferten Lokomotiven, deren Bau sich auf 170 beläuft, vorgeführt, welche das wesentliche solcher Lokomotiven sehr hübsch erkennen ließen. Schon vorher war ebenfalls an Hand von Lichtbildern gezeigt worden, wie weit es heute schon gelungen ist, die Ausdrucksweise einer solchen elektrischen Lokomotive zu vereinfachen, in der Hinsicht, die Bedienung zu erleichtern und die Unterhaltung wirtschaftlicher zu gestalten.

Interessant waren auch die Ausführungen über die Vorteile, welche die elektr. Lokomotive in allgemeiner Hinsicht bei richtiger Ausnutzung ihrer Leistungseigenschaften gegenüber dem Dampftrieb bietet, die sich für den Reisenden außer in der Befreiung von der Rauchplage vor allem in

einer ganz wesentlichen Zeitersparnis äußert. Die Entwicklung des Flugverkehrs gibt ja einen guten Maßstab für den Nutzen, den unser Erwerbsleben aus einer solchen Zeitersparnis erkennen kann.

Wenn der Vortragende, der zum Schluß noch eine ganze Anzahl Bilder der Lokomotiven während ihres Aufbaues zeigte und dessen Vortrag sich übrigens frei von jeder besonderen Resonanz hielt, schließlich den Wunsch äußerte, daß seine Darlegungen geeignet sein möchten, das Interesse an der Elektrifizierung weiterer Bahnen zu fördern und die Zuhörer, unter denen auch Behördenvertreter waren, zu veranlassen, auch ihrerseits einer technisch und wirtschaftlich guten Sache die Wege ebnet zu helfen, so können wir sagen, daß ihm diese Absicht durch seine ausführlichen Darlegungen sicherlich gelungen ist.

Kartenrelief des Badischen Landes auf der Deutschen Verkehrs Ausstellung München Juni — Oktober 1925

Ende letzten Jahres beschloß die Reichsbahndirektion Karlsruhe, sich an der vom Juni bis Oktober d. J. in München stattfindenden Deutschen Verkehrs Ausstellung zu beteiligen, in der Absicht, mit ihren Ausstellungsgegenständen eine verkehrswerbende Propaganda für das Badische Land und dessen Eisenbahnen in großartiger Weise zu eröffnen. Um diesen Zweck voll und ganz zu erreichen, wurde zunächst der Badische Verkehrsverband zu Beratungen eingeladen, deren Ergebnis es war, gemeinschaftlich ein großes Kartenrelief der Badischen Landschaft mit sämtlichen Verkehrslinien in künstlerischer Ausführung herzustellen, also nicht nur die Eisenbahnen, sondern auch die Kraftwagenlinien der Postverwaltung und die für die Entwicklung von Handel und Industrie in Betracht kommenden Schiffahrtswege zu zeigen. Vor allem aber sollten die durch Natur und Kunst geschaffenen herrlichen Aus- und Aborte mit ihren Bergen und Tälern in Erscheinung treten, um dadurch Auge und Sinn der Beschauer auf das paradiesisch schöne Land, das sich vom Rhein über den Schwarzwald bis zum Bodensee erstreckt, zu lenken.

Das Kartenrelief, das nun nach über dreimonatiger Arbeit fertiggestellt ist und in den nächsten Tagen nach München gebracht wird, besteht aus einem großen Halbrund mit einer Länge von 7,5 Meter und einer größten Tiefe von 4,5 Meter. Der Maßstab beträgt 1:40 000, wobei Gebirge, Täler und andere Erhebungen mehrfach überhöht sind, so daß beispielsweise der Feldberg nahezu 40 Zentimeter über die Niveaubene hinausragt.

Der Beschauer steht gegen Osten in die Landschaft hinein, erblickt zunächst vor sich das silberne Blau schimmernde 7 Meter lange Band des Rheines, an dessen südlichem Ende (rechts) Basel und an dessen nördlichem Ende (links) Mannheim-Ludwigshafen liegen. Das sich weiterhin ausdehnende Bild ist mit Farben übermalte, die der natürlichen Färbung des Landes angepaßt sind; so hebt sich das dunkle Tannengrün des Schwarzwaldes gegenüber dem lichten der Laubwälder deutlich ab. Wälder, Felder, Neben und andere Kulturland sind durch ihre Farben deutlich erkennbar, nach der topographischen Karte eingezeichnet. Die roten Linien der Eisenbahnen, die gelben der Postkraftlinien und die braunen Linien der übrigen Straßen und Wege überziehen nehmartig das ganze Land. Die Städte treten als besondere Reliefs, bearbeitet nach den neuesten Stadtplänen, deutlich hervor. Eine 14 Meter lange und 5 Meter hohe bemalte Leinwand wird als Rundhorizont, der in des Himmels liches Blau übergeht, das Modell rund herum abschließen.

Das ganze Werk in der kurzen Zeit herzustellen, wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die Badische Regierung und die Oberpostdirektion Karlsruhe die Hersteller, nämlich die Reichsbahndirektion Karlsruhe und den Badischen Verkehrsverband, mit Geldzuschüssen, und die Wasser- und Straßenbaudirektion Karlsruhe mit Stellung von geographischem Personal (Topographen) in entgegenkommender Weise unterstützt hätten. Die Arbeiten selbst wurden von der Metallwarenfabrik Weisinger, Weisinger Neberhuber, Direktor Burkhard vom Landesbureau und von technischem Personal der Reichsbahndirektion Karlsruhe ausgeführt.

Eine wirkungsvolle Ergänzung wird ein Film bilden, den die Reichsbahndirektion Karlsruhe gleichzeitig im Ausstellungstheater unter dem Titel „Rom Rhein über den Schwarzwald zum Bodensee“ vorkühren läßt.

Theater und Musik

Freilichtspiele im Walthaldenpark Ettlingen.

Nach der glücklichen Wiedergabe musikalischer Einakter im letzten Jahre, wurden am Sonntag nachmittags die Aufführungen in dieser Hinsicht fortgesetzt und zugleich damit die Spielzeit eröffnet. „La serva padrona“ oder sagen wir den Titel besser deutsch „Die Magd als Herrin“ von Pergolesi ist durch die Oper des Landesbureau bekannt. Dort wie hier spielte Fritz Hanle die Hauptrolle, den geprellten Junggesellen Doktor Vandalto. Recht geschickt gaben Senta Böbisch die listige Hofe und A. Lindemann den stummen Diener. Das ganze wurde recht launig gespielt und brachte viel Freude, viel herzliches Lachen in den vollbesetzten Zuschauerraum.

Mit nicht minderm Interesse wurde der vor diesen Jahren ebenfalls am Landesbureau als Kassenstück gegebene Einakter „Die Panni weint — der Hans lacht“ von J. Offenbach gegeben. Ein ganz reizendes Operettchen mit mehr Musik als in sehr ihrer modernen abendfüllenden Schwestern. Die leichtfüßig lachenden Melodien, die lyrischen Ergüsse, die musifizierten Abstriche kommen in einem geschlossenen Raum besser zur Geltung und haben infolge dessen auch stärkere Durchschlagskraft. Vielleicht läßt sich die Musik des Freilichtspieles dadurch verbessern, daß das Orchester entweder auf leicht erhöhten Holzpoden gestellt oder (weil besser) verteilt wird mit einer darübergehenden Schalldecke. Die Aufführung hatte für Walthaldenpark ein helles Liedchen in den Hüften und oben von einem Tannenzweig herab sang ein Singvögelchen (den Walzerbühnenmus nicht zureichend) ein helles Liedchen dazu. Ueberhaupt diese gesiederten Sängler! Sie geben dem Walthaldenpark eine eigene, wunderbare Stimmung. Und an ihrer Kunst ist immer noch zu lernen. . . . So zu sagen aus dem Handgelenk mimten und sangen Senta Böbisch, Fritz Hanle (dieser urdröllig), A. Lindemann und A. Peters ihre Rollen. Das gefiel uns alles recht gut, auch die musikalische Leitung von Willi Schweppe. Nur die „Mäule“ nicht und das ganz und gar unumgängliche Häuslein mit seinen „bezanten“ Farben. Bitte, den Charakter des künstlerisch angelegten Naturtheaters nicht zu zerstören. Es ist berührt, der Phantasie des Sängers mit solchen kitschigen, wenn auch gut gemeinten Mitteln nachzuhelfen. Man läßt sie nur.

Karlsruher Voranschlagsberatungen

Karlsruhe, 27. Mai.

In der fortgesetzten Generalausprache kamen heute die Vertreter der Rechts- und Linksreaktion zum Wort. Als erster Redner der Vertreter der letzteren. Er brachte eine umfangreiche Musterkollektion von Anträgen mit, deren Annahme er verlangte, seine Partei selbst lehnt aber den Voranschlag ab. Begründung: Die Minderbemittelten müßten ja doch alles bezahlen. Der kommunistische Redner kann zu den besser besetzten Vertretern der kommunistischen Partei gerechnet werden, aber das Unlogische, das in seinemerede liegt, merkte auch er nicht. Denn es ist doch im höchsten Grade unlogisch, den Voranschlag abzulehnen, weil die Minderbemittelten doch alles bezahlen müßten, dann aber den Etat durch eine Fülle von Anträgen weiter zu belasten, deren Verwirklichung doch dann aus den Taschen der Minderbemittelten bestritten werden müßte! Aber Logik und kommunistische Agitationspolitik haben sich noch nie miteinander vertragen. Im weiteren beschäftigte sich der Herr Redner vorwiegend mit den Mätkleinern; dies Gebiet liegt den Kommunisten ja auch besonders gut: Müll, Schutt, Dreck!

Die liberale Volkspartei stimmt vorerst, wie ihr Redner erklärte, dem Voranschlag nur mit Vorbehalt zu; sie will ihn nur genehmigen, wenn ihre Anträge angenommen werden. Weiterleitete er es, als der Redner erklärte, daß seine Partei der Aufwertung von jeder die größte Aufmerksamkeit entgegenbrachte. Aber damit hatte es sich! Vor der Wahl sind bekanntlich die Deutschliberalen auf Alles aufmerksam, was sich zu einem Wahlschwundel verwerten läßt. Nach den Wahlen wird die Aufmerksamkeit durch eine ebenso große Vergeßlichkeit abgelöst. In Idealkonkurrenz mit den Kommunisten unterbreitete auch dieser Redner einen Kistenpack von Anträgen; die Herren beschäftigten sich vornehmlich auf dem Gebiet der Streichungen, wobei sie solche sinnlosester Art verlangten. — Der Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung wußte nichts Besonderes zu sagen. Die Deutschen Nationalen schickten einen Kenommier-Kleinmeister vor, der die Not der Industrie und der Grundbesitzer beklammern mußte. Es wirkt geradezu peinlich, wenn man so einen Kleinmeister als Vertreter der berichtigsten und fruchtbarsten Ausbeuter- und Volksbetrüppartei sprechen hören muß. Am besten gefiel uns bei dem Herrn die Offenherzigkeit, mit der er erklärte, daß die Fraktion die Einführung der Fremdsprachklassen verlange, weil sie darin den Uebergang zur — Bürgerschule erlebe!

Damit war die Generalausprache erschöpft, es folgte die Einzelberatung. Eine Reihe Titel wurden alatt erledigt, bei anderen wurden vielerlei Wünsche vorgebracht. Bei einer Position, die 96 000 M verlangte zum Beginn der Kanalisation von Rintheim, machten die Deutschen Nationalen und die Deutsche Volkspartei Schwierigkeiten, erstere verlangten völlige Streichung der Summe, letztere Herabsetzung um die Hälfte. Die Anträge wurden abgelehnt. Das Verhalten dieser Parteien den Vororten gegenüber muß aber besonders festgehalten werden. — Eine wilde Debatte spielte beim Kapitel „Straßen“ ein. Ein unheimlicher Wunschwollenbruch ging aus das „hohe Haus“ hernieder, aus allen Ecken und Winkeln der Stadt, aus allen Gassen, Wegen, Gassen und Straßen kamen die Wünsche; in der Gemeindehintertropfenbach kann es nicht anders sein. An die Vereinbarung der Parteien, daß zu jedem Titel nur jeweils ein Redner jeder Fraktion 10 Minuten sprechen solle, hielt sich niemand mehr, auch die sozialdemokratische Fraktion hatte keinen Anlaß mehr, sich an die Vereinbarung zu halten, nachdem nicht weniger wie drei Demokraten das Wort ergriffen hatten. Gegen 1/2 Uhr war endlich die Straßenschlacht geschlagen. Wenn es so weitergeht, und die Vereinbarungen nicht strikte von den Parteien eingehalten werden, wird der Bürgerausschuß in dieser Woche mit seinen Beratungen nicht fertig.

Sitzungsbericht

Die Verhandlungen finden wieder unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Finkler statt und werden erst um halb 5 Uhr eröffnet. Anwesend sind 76 Vertreter.

Zunächst berief der Vorsitzende verschiedene Anträge. Die Demokraten beantragten die Erziehung eines Fonds für die Aufwertung, sowie die Einführung einer Wertwachststeuer. Auch die A.P.D. war mit einer Reihe von Anträgen auf, wie z. B. Vornachmittelschule, freie Entbindungskosten, Anzugslosigkeit der ärztlichen Behandlung, sowie Versorgung von Mätkleinern für Minderbemittelte usw.

Als erster Redner sprach Stadtd. Westenfelder (A.P.D.). Er begehrte die Aufstellung eines Voranschlags nur noch als Formfrage. Die A.P.D. lehnte den Voranschlag ab, da ja die Lasten nur die Minderbemittelten zu tragen haben. Die A.P.D. habe die Anträge nur gestellt, um herauszufinden was möglich ist.

Für die Deutsche Volkspartei legt Stadtd. Cramer den Standpunkt derselben dar. Sowohl die private wie öffentliche Wirtschaft seien notwendig. Die Wirtschaft in Karlsruhe liege nicht am besten da, auch der Großhandel habe als Aktiopoßten eingebüßt, ebenso die Landesbehörden und die Rentner. Es ergäbe sich hieraus die Pflicht der Spararbeit in der öffentlichen Wirtschaft. Man müsse deshalb vor allem auf Neubauprojekte verzichten. Seine Partei habe die Aufwertungsfrage am meisten betrieben (Allseitige Heiterkeit!), der Antrag Braun in dieser Frage sei ihnen sympathisch. Einer Erhöhung der Umlage stimme seine Partei nicht zu, die Zustimmung zum Voranschlag hänge davon ab, was bei der Einzelberatung noch herauskomme.

Am Anschluß an die Ausführungen des Vortredners gibt der Vorsitzende mehrere Anträge der Deutschen Volkspartei bekannt.

Stadtd. Schwarz (W. Bgg.) bemängelt, daß für die wichtigsten Posten eine Berechnungsunterlage fehle. Die Stadtkasse sammle sich ein Vermögen an, das außerordentlich sei. Auf sollen müssen die großen Ausgaben für Instandhaltung der eigenen, aber von Privaten bewohnten Gebäude. Die Einführung der Wertwachststeuer gehe gründlich überlegt. Es falle auf, daß beim Hochbauamt im Verhältnis der unteren Beamten so viel über Beamte angestellt seien. Der Redner bringt eine Reihe von Wünschen vor und meint, daß für die Verwirklichung des sozialdemokratischen Antrags betreffs des Wohngebäudes auch die Aufbringung der Mittel dazu bestimmend seien.

Stadtd. Lang von den Deutschen Nationalen spricht dem Oberbürgermeister die Anerkennung aus und behauptet jedoch, daß Handel, Gewerbe und Industrie immer die Gebenden seien. (Widerpruch bei den Sos.). Der Hausbesitz sei nicht auf Rosen gebettet. Für den Umbau des Marktplatzes mache sich eine besondere Vorlage notwendig. Auch dieser Redner bringt eine Reihe von Wünschen zu den verschiedenen Positionen vor, u. a. auch den Ankauf von Gelände zur Errichtung eines großen Volksparkes. Zur Wohnungsnot gedenkt, glaubt Redner kaum, daß durch die Erstellung von Einfamilienhäusern die Wohnungsnot beseitigt wird. Den städt. Beamten und Arbeitern spricht der Redner seine Anerkennung aus und hofft, daß es durch Kapitalhaltung der Wirtschaft möglich ist, ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Die Generaldebatte war zu Ende, sodas in die Einzeldebatte eingetreten werden konnte.

Es entspinnt sich eine Debatte über den Modus zur Aufstellung des Voranschlags. Der Vorsitzende sagt zu, daß in Zukunft die Aufstellung so erfolgt, daß die Voranschläge vom laufenden und vom vergangenen Jahr, sowie das Rechnungsergebnis vom vorhergehenden Jahre enthalten ist.

Da verschiedene Anträge auf Erhöhung der gesetzlichen Aufwertung für städt. Obligationen und Sparausgaben einlangen sind, äußert sich auch der Vorsitzende zu der Frage. Er warnte davor in der Aufwertung über die gesetzlichen Bestimmungen hinauszugehen. Er kam auf die Schweizerische, die immer noch 14 Millionen Mark beträgt und eine hohe Zinsennummer verzeichnet, zu sprechen. In der Aufwertungstrasse solle man abwarten, was das Gesetz der Stadt aufzulegt. Er bitte, an der Position nichts zu ändern. Auch vom Kapitaldienst der Werte und am Grundstücksfonds erhalte er nichts zu streichen. Die Grundstücksnot der Gemeinde stehe der Entwertung derselben hemmend im Wege. Zur Einführung einer Wertwachststeuer äußerte sich der Oberbürgermeister dahin, daß zunächst das Material zusammengestellt und die Steuer selbst zeitlich bearget werden muß. Die Vorarbeiten zur Wertwachststeuer seien in Angriff genommen.

Nach ausgiebiger Debatte, an der sich die Stadtd. Wild (Str.), Braun (Dem.) und Stadtrat Töpfer (Sos.) beteiligten, erfolgt die Abstimmung des Zentrumsantrags, die Summe für Grundstücksanläufe auf 100 000 M zu ermäßigen, indem die im Voranschlag vorgesehene Summe von 200 000 M angenommen wird.

Beim Teil Landwirtschaft wünscht Stadtrat Böhm (Sos.), daß die Sprunggelder ermäßigt werden sollen. — Stadtd. Dumas (D.Nk.) schlägt sich dem Wunsch an.

Bei Position Hofbauamt wünscht u. a. Stadtd. Pannicke (W. Bg.) den Abbau einiger Stellen. — Bürgermeister Schneider befreit ein zu hohen Aufwand und einen zu hohen Personalbestand beim Hofbauamt.

Auch zu anderen Positionen werden verschiedene Wünsche laut, u. B. auch Wünsche von einzelnen Posten, wozu auch zum Teil Anträge vorliegen. Meistens werden letztere abgelehnt.

Bei Titel Entwässerung verlangte die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei die Streichung der Summe bzw. eines Teiles derselben für die Kanalisation in Rintheim. Bei dieser Gelegenheit stellt der Vorsitzende die Errichtung einer Straßenbahn und Wasserleitung für Rintheim in Aussicht. Die Anträge der Deutschnationalen und Volksparteier erfahren nach kurzer Debatte Ablehnung, nachdem Stadtrat Föhler (Sos.) und Stadtd. Zeißler (Sos.) sich energisch für die Bewilligung der ganzen Summe eingesetzt hatten.

Eine größere Debatte entsteht beim Teil Öffentliche Straßen, Wege, Anlagen, wozu auch mehrere Anträge vorliegen. U. a. will die Deutsche Volkspartei Streichung der Summe für Verbesserung der Verkehrsverhältnisse am Marktplatz, Streichung von 20 000 M vom Punkt Unvorbergeesehenes. Andere Parteien beantragen eine Reihe von Streichungen bei anderen Projekten, so auch bei der Erneuerung von Pflasterarbeiten. Stadtd. Kehler (Dem.) beantragt die schlechte Führung der Karlsruher Straße an ihrem nördlichen Ende. Bezüglich des Umbaus des Marktplatzes verpricht der Vorsitzende eine besondere Vorlage beim Bürgerausschuß einzubringen. — Stadtd. Hehner (Str.) setzt sich für Beiräte der Wünsche ein, Stadtrat Föhler (Sos.) für Verbesserung der Abseits-, Honig- und Harzstraße sowie für Instandsetzung des Friederikensplatzes in Mühlburg. — Stadtd. Steinwars (W. Bg.) kann nicht verstehen, daß die Summe für den Umbau des Marktplatzes abgelehnt werden soll. — Stadtd. Spachholz (Sos.) wünscht die Instandsetzung der Durmersheimer- und Zepelinstraße. — Stadtd. Koss (Sos.) macht auf die Gefahren bei der Hauptpost am Moninger bei starkem Verkehr aufmerksam und wünscht eine bessere Zufahrtsstraße zum Mühlburger Friedhof, die Instandsetzung des Friederikensplatzes, sowie Remedur der Straßenverhältnisse in der Eigenbauanwesenheit. — Stadtrat Bauer (A.P.D.) bringt Stadtd. Straßenschnitzern vor.

Nachdem noch Bürgermeister Schneider zu den Anträgen und zu einzelnen Wünschen Stellung genommen, teilte er mit, daß in America bereits sämtliche Straßen eine feste Decke haben. Es erfolgte hierauf, nachdem noch Stadtd. Bauer gesprochen, die Abstimmung über die Anträge, die sämtliche abgelehnt werden.

Hierauf wurden die Verhandlungen kurz vor 1/2 Uhr auf Donnerstag mittags 4 Uhr vertagt.

Kleine badische Chronik

* Freiburg. Am Montag wurde beim Festmachen eines Lastkraftwagenanhängers in der Zugstraße ein 38 Jahre alter verheirateter Hilfsarbeiter zwischen die beiden Wagen gefasst, da der Anhänger plötzlich auf der abschüssigen Straße ins Rollen kam. Der Arbeiter trug so schwere innere Verletzungen davon, daß er noch auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb.

* Triberg. Der abends nach 7 Uhr in Richtung Konstanz abgehende Personenzug erlitt auf der Strecke zwischen Triberg und Sommerau einen die Strecke gehenden Arbeiter, der bei den Zunnarbeiten beschäftigt ist, schlenderte ihn zur Seite und trennte dem Mann einen Fuß ab. Der Verunglückte wurde von dem Zug, der angehalten hatte, mitgenommen und in St. Georgen ins Krankenhaus überführt. Er heißt Weber und stammt aus der Gegend von Vohr.

* Gütenbach. Einen traurigen Abschluß fand der Himmelfahrtsausflug der hiesigen Feuerwehr mit Familienangehörigen ins Golleral. Als die 49 Jahre alte Karoline Fischer eine die Straße ging, wurde sie von einem Motorradfahrer angefahren und zur Seite geschleudert, wobei sie schwer verletzt wurde. Die Frau ist bald nach ihrer Einlieferung in das Krankenhaus Waldkirch ihren Verletzungen erlegen.

* Gengenbach. Auf das Ausschreiben eines Lichtmeisterpostens für unser neues Ortsnetz liefen 232 Bewerbungen ein und zwar meldeten sich von auswärts 20 und aus hiesiger Stadt 12 Bewerber. Der Gemeinderat hat den Mechaniker Otto Lehmann von hier mit Stimmenmehrheit zum Lichtmeister gewählt.

* Teigen. Vorige Woche stürzte der verheiratete Straßenwärter Josef Weber, Vater von vier unmündigen Kindern, in unglücklichem Heuboden in die Scheunentenne, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt, sowie andere schwere innere Verletzungen, deren Folgen der erst 41 Jahre alte Mann jetzt erlag.

* St. Georgen. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der Landstraße nach Sommerau. Ein Motorradfahrer aus Willingen, der seine erste größere Fahrt unternahm, verlor bei einer Kurve aufsteigend die Gewalt über das Rad, wurde gegen eine Telegrafenanlage geschleudert und erlitt im Gesicht schwere Verletzungen.

* St. Georgen. Beim Verladen von Telegrafenanlagen auf dem hiesigen Bahnhofe sollte eine derselben von dem Wagen und schlug dem Arbeiter Philipp Jädel den rechten Fuß ab.

* Todmoos. Dienstag Mittag ereignete sich in der Nähe von Todmoos ein schmerzliches Automobilunglück. Ein von St. Blasien kommendes Auto fuhr an einer Kurve über die Böschung und überschlug sich. Der Besitzer des Autos, ein Herr aus Büseldorf, der den Wagen selbst lenkte, war sofort tot. Eine ihn begleitende junge Dame erlitt einen Beinbruch.

* Konstanz. Die am 26. Februar d. J. gegründete „Gründungsvereinigung des einseitig verheirateten Bedienstetenkreises“ (gegründet von Abt Hatto im Jahre 1876) findet vom 3. bis 6. Juni d. J. statt. Am 3. Juni ist Begrüßungsabend, wobei Archidirektor Dr. Albert-Freiburg i. B. über „Stimmen über die Reichenau aus alter und neuer Zeit“ sprechen wird. Am 4. Juni ist Begrüßungs- und Erklärung einer Ausstellung von Denkwürdigkeiten aus Alt-Reichenau durch Dr. J. H. Berlinger-Mannheim; mittags Begrüßung der Schatzkammer im Münster; daran anschließend Vortrag von Prof. Dr. A. Bergmann-Karlsruhe über „Mittelalterliche Dichtereigenschaften der Reichenau“; eine Führung durch die Insel durch Prof. Dr. D. G. Weber-Karlsruhe schließt sich an. Am 5. Juni wiederholt sich das Programm des Vortrages zum Teil; mittags 3 Uhr findet ein Vortrag von Geh. Rat Prof. Dr. A. Brandt-Göttingen über „Die Schicksale der Gründungsvereine der Reichenau“ statt; ferner wird sprechen Archidirektor Geh. Rat Dr. Dietrich-Darmstadt über „Der Mann den Rahmen aus Geschichtsschreiber“. Am 6. Juni folgen Begrüßungen der Insel und der Kirchen unter Führung von Prof. Dr. Gruber, mittags Vortrag von Geh. Rat Dr. A. Wenzler-München über „Den Großen der Reichenau zum Gedächtnis“. Ein Auszug nach Schönen beschießt die wissenschaftliche Feier.

Ueberweisungen von Zeitungen nach Sommerfeiern, Auz- und Vadoorten. Für die bevorstehende Reisezeit werden die nachstehenden Bestimmungen über die Nachsendung von Zeitungen von allgemeinem Interesse sein. Anträge auf Ueberweisung durch die Post bezogener Zeitungen sind möglichst drei bis vier Tage vor der Abreise beim Zustellamt zu stellen. Den Anträgen, wozu auch besondere Vorbrücke, die bei den Postanstalten kostenfrei erhältlich sind, verwendet werden können, sind für jede Zeitung 50 J. in bar oder in Treimarken beizufügen. Die Rücküberweisung nach dem Heimatorte, die in jedem Falle bei der Postanstalt des neuen Bezugsortes besonders zu beantragen ist, erfolgt innerhalb des Deutschen Reiches gebührenfrei. Wegen Ueberweisung von Zeitungen nach dem Ausland wende man sich an die Zeitungsstelle des Postamts. Wegen der Zeitungen, die nicht im Wege des Postverkehrs, sondern durch die Zeitungsstraßen usw. bezogen werden, wende man sich unmittelbar an den Verlag der Zeitung.

* Hagelversicherung. Die seit den letzten Tagen eingetretene Sommerhitze hat entweder schon heftige Gewitter mit Hagelschäden ausgelöst oder läßt solche mit Bestimmtheit erwarten. Die Badische Landwirtschaftskammer möchte es nicht unterlassen, nochmals die badischen Landwirtschaften auf die unbedingte Notwendigkeit einer Hagelversicherung aufmerksam zu machen. Der badische Staat hat mit der Norddeutschen Hagelversicherungs-gesellschaft auf Gegenseitigkeit, Geschäftssitz Karlsruhe, einen Vertrag abgeschlossen und leistet große Verbilligung der Prämien an den Hagelversicherungsfonds Zuschüsse. Infolge dieser Zuschüsse dürfte es wohl ausgeschlossen sein, daß der Staat nicht Hagelversichererten Landwirten bei Hagelschäden irgendwelche Hilfe gewährt.

Wasserstand des Rheins

Schutterlnel 180, def. 1; Rehl 292, def. 2; Maxau 456, def. 2; Mannheim 348, def. 1. 1. Juni 1925.

Über die Feiertage **Brauerei Fels**
Pfingst-Bock (Starkbier)

Der katholische Oberstiftungsrat in Karlsruhe

Eine Mahnung und Erinnerung an die christliche Lehre von der Nächstenliebe müssen wir heute einmal dem karlsruher katholischen Oberstiftungsrat bringen übermitteln.

Am 12. Mai brachten wir aus Au a. Rh. eine Zuschrift, in der mitgeteilt war, daß der katholische Oberstiftungsrat Karlsruhe für die Abtretung von Gelände an die Gemeinde ein dreifach so großes Geländebedürfnis als Gegenleistung von der Gemeinde verlangt habe.

oder jener Stelle seines Schriftfahes wünschte, so hätte er dies in seiner Einleitung auf die in der Zeitungstheorie üblichen Weise — durch einfache oder doppelte Unterzeichnung der betreffenden Sätze — tun müssen.

Das Verhalten des katholischen Oberstiftungsrats Karlsruhe wird nun aber erst recht in das richtige Licht gerückt durch nachstehende Erklärung, die uns aus Au a. Rh. auf die Verichtigung des kath. Oberstiftungsrats zugeht.

Wenn der kath. Oberstiftungsrat in seiner Erwiderung vom 18. ds. Mts. behauptet, daß bis jetzt noch kein Antrag wegen Ueberlassung von Gelände bei ihm eingegangen sei, so hat er insofern recht, als bis jetzt kein schriftlicher Antrag gestellt wurde.

Des weitern erübrigt es sich auch, auf diese Angelegenheit näher einzugehen, nachdem die Verschiedenheit des Oberstiftungsrats auf diese Weise an den Tag gekommen ist.

Wir erklären also dem Beamten der Staatsanwaltschaft, daß wir die Verichtigung des katholischen Oberstiftungsrats genau so wie wieder gegeben hätten, wie sie uns zugeht.

c) 46—54; d) 22—32 Mark. Räder a) 76—78; b) 74—76; c) 72—74 Mark. Schweine a) 72—74; b) 71—72; c) 70—71; d) 69—70; e) 60—65 Mark.

Schweinemarkt in Bruchsal am 27. Mai. Angefahren wurden: 234 Milchschweine, 50 Käufer; verkauft wurden: 200 Milchschweine, 40 Käufer; höchster Preis: Paar Milchschweine 55 Mark, Käufer 75 Mark; häufigster Preis: Paar Milchschweine 50 Mark, Käufer 65 Mark; niedrigster Preis: Paar Milchschweine 30 Mark, Käufer 60 Mark.

Spargelmarkt in Schwetzingen. Auf dem gestrigen und vorgestrigen Spargelmarkt haben die Preise merklich angezogen. Für Spargel erster Sorte wurden 75—80 Pfennig verlangt, für zweite Sorte 70, 60—65 Pfennig abwärts, geringere Ware war billiger zu haben.

Karlsruher Produktenbörse vom 27. Mai. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Die Stimmung ist weiter fest, das Geschäft befriedigend. Weizen handelsüblich 26.50—27; Roggen (gesund) handelsüblich 24—24.50; Sommergerste je nach Qualität inl. 26—29, ausl. 32—34; Hafer 20—22.50, ausgesprochen minderwertige Ware entsprechend billiger.

Voluta nach dem Berliner Kurs vom 27. Mai 1925. Belgien 20.75 M per 100 belg. Fr. Holland 168.49 M per 100 holl. Gulden. Spanien 60.72 M per 100 Pes. Schweiz 81.16 M per 100 schw. Fr.

Betrifft BATSCHARI

Wird rationell geraucht?

Die täglich steigende Nachfrage nach TUFUMA ist nicht nur der Beweis der stetigen Ausdehnung unseres Freundeskreises, sondern auch des wachsenden Verständnisses gerade der TUFUMA-Paucher für die Steigerung des Genusses.

Julius Löwe billige Straßen- und Sport-Bekleidung zu Pfingsten. Herren-Anzüge 35.-, Sport-Anzüge 31.-, Sport-Anzüge 62.-, Herren-Mäntel 32.-, Gummi- u. Loden-Mäntel 18.-, Windjacken 14.75, Waschlappen 5.90, Lüfter-Sakkos 9.75, Loden-Sportjoppen 13.75, Flanell-Hosen 19.25, Herren-Hosen 5.50, Sport-Hosen 6.90, Knabenwaschanzüge 5.90, Knaben-Waschlappen 2.90, Knaben-Waschhosen 3.-

Billiger Pfingstverkauf Damen- und Kinder-Hüte aller Art ab heute L. PH. WILHELM Kaiserstraße 205 KARLSRUHE Kaiserstraße 205

Unsere Leser und Leserinnen werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die Inserenten dieser Zeitung.

H. Reimann & Co. Sämtliche Lebensmittel des täglichen Bedarfs. Gemüse- u. Obstkonerven, Haus u. Wandern, Fleisch- und Dauerwurst aller Art. Käse 3388 aller Qualitäten in allen Preislagen. Besonders billig: Weißwein: St. Martin 1.20, Rotwein: Dürkheimer 1.30, Deutscher Weinbrand 4.80, Kirchwasser 2.75, 4.80

Mietervereinigung Karlsruhe. Montag und Freitag 'Café Novak', Novak-Anlage (alte Gellingerstr.); Mittwoch 'Unter den Linden', Kaiser-Allee (alte Poststraße) jeweils abends von 6-1/2 bis 8 Uhr.

Große Reklame machen wir nicht. Auf Teilzahlung Herren-, Damen- u. Kinderkonfektion sowie Manufakturwaren. Karl Storsberg Kaiserstr. 247, Eingang Leopoldstraße, am Kaiserplatz.

H. Tintelott, Karlsruhe. Empfehle mein reichhaltiges Lager in feinen Solinger Stahlwaren wie Taschenmesser, Tischbestecke, Scheren, Alpenbestecke und meine la Rasiermesser eigener Fabrikation, sämtliche Rasierutensilien. H. Tintelott, Rasiermesserhochschlifferei, Amalienstr. 43. Tel. 4182.

Schlafzimmer-Bilder preiswert. Bilder für alle Räume. Einrahmung. Geschäftsempfehlung! Bringe mein reichhaltiges Lager in Rauch-, Kau- und Schnupftabacken sowie Cigarren und Cigaretten in empfehlende Erinnerung. Friedr. Teurer, Luisenstr. 9

Bucherer. Empfehle für die Feiertage amerikanisches Doppel-Null-Mehl das Beste vom Guten 27 Pfg. Bucherer in sämtlichen Filialen.

15. ordentlicher Verbandstag des Verbandes südwestdeutscher Konsumvereine

Am 21. und 22. Mai fand in der schönen Stadt Vörsach, am Ausgang des Riesentals, der 15. ordentliche Verbandstag des Verbandes südwestdeutscher Konsumvereine statt. Mit dem Verbandstag war die Feier des 50jährigen Jubiläums des Bezirks-Konsumvereins verbunden.

Am ersten Verbandstage, vormittags 9 Uhr, fand eine vertrauliche Konferenz der Verbandsdelegierten statt, in welcher nach einem Bericht des Verbandssekretärs Herr Fischer über die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Konsumgenossenschaften und einen Referat des Herrn Hugo Bäßlein, Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, über Betriebsstatistik und Betriebsabrechnung eine eingehende Aussprache über die Lage der Konsumgenossenschaften und die zum weiteren Ausbau zu ergreifenden Maßnahmen gepflogen wurden.

Die offizielle Tagung begann am Donnerstag (Gimmelfahrtstag), vormittags 8 Uhr. Nach der Eröffnungsansprache durch den Vorsitzenden des Verbandes, Herrn Verbandsdirektor Liebmann-Frankfurt, folgten Begrüßungsansprachen der zahlreich erschienenen Gäste. Es waren vertreten: Der Minister des Innern und der badische Landeskommissar durch Herrn Landrat Wintermantel in Vörsach, die Stadtverwaltung Vörsach durch ihren Oberbürgermeister Herrn Dr. B. G. G. Meier, der Verband schweizerischer Konsumvereine durch seinen Präsidenten Herrn B. J. J. J. J., der Zentralverband deutscher Konsumvereine durch Herrn Hugo Bäßlein, die Großhandelsvereine durch Herrn J. J. J. J., die Volksfürsorge in Darmstadt durch Herrn J. J. J. J., der Verband württembergischer Konsumvereine durch Herrn Verbandsdirektor B. J. J. J., außerdem fanden Vertreter: der badische Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband, der deutsche Verkehrsband, der Zentralverband der Angestellten, Gläubigerschutz der Tagungen gingen ein vom Verband bayerischer Konsumgenossenschaften, vom Allgemeinen Konsumverein beider Basel und vom Revisionenverband der Konsumgenossenschaften Elzab-Lothringen.

Den Bericht über das Geschäftsjahr 1924 gab Herr Verbandsdirektor Liebmann und über die Revisionstätigkeit des Verbandes referierte Herr Verbandsdirektor Fischer-Heidelberg. Die Berichterstatter führten kurz folgendes aus: Wir leben heute in einem großen Reinigungsprozess unserer Volkswirtschaft, der mit der Stabilisierung unserer Währung einseht und noch weiter anhalten wird. Diese Reinigung des Wirtschaftslebens von den unnötigen Zwischengliedern, die nur zur Verwertung der lebensnotwendigen Bedarfsgüter beitragen, liegt im Interesse der Verbraucher. Mit der Umstellung auf Goldmark kam den Genossenschaften deutlich zum Bewußtsein, was durch die Inflation an Vermögenswerten verloren gegangen war. Die Konsumgenossenschaften, die stets mit allen Kräften daran mitgearbeitet haben, die Lebensmittelpflege sicher zu stellen, bühten dadurch einen großen Teil ihrer Vermögenswerte ein. Trotzdem sie sahen, daß mit jeder Warenabgabe in der Inflationszeit Verluste verbunden waren, hielten sie ihre Verteilungsstellen offen. Neue Mitglieder trüben den Konsumgenossenschaften in großen Massen zu, nicht aus genossenschaftlicher Überzeugung, sondern weil sie bald herausgefunden hatten, daß die Konsumvereine mit ihren Preisen nicht so folgen konnten wie der private Handel. Diese neu beigetretenen Mitglieder verursachten eine starke Aufblähung der Mitgliederzahl. Die Zahl der Mitglieder der angeschlossenen Verbands-genossenschaften betrug 1914: 188 187 und hat sich im Jahre 1924 auf 405 758 gesteigert. Entsprechend hat sich auch die Zahl der Verteilungsstellen in diesen Jahren von 404 auf 1078 erhöht. Der größte Teil dieser neu beigetretenen Mitglieder hat den Anschluß an die Genossenschaft nur um des materiellen Vorteils willen gesucht, die Einrichtungen der Genossenschaft benützt, ohne daher auf der anderen Seite die Pflichten der Genossenschaft gegenüber zu erfüllen. Unter diesem Mangel an genossenschaftlicher Pflichterfüllung des beinahe größten Teils der Mitglieder haben die Genossenschaften heute schwer zu leiden. Mitglieder, die in der Kriegs- und Inflationszeit wohl den Weg zur genossenschaftlichen Verteilungsstelle fanden, lehnen heute den Genossenschaften den Rücken und lassen sich von der vielseitigen und mit Aufwand von großen Mitteln gemachten Klamme des privaten Handels lockern. Die Auswirkung dieser Interesslosigkeit ihrer Genossenschaft gegenüber zeigt sich am deutlichsten an den Umsatzzahlen. 1914 betrug der Gesamtumsatz in den Konsumgenossenschaften 36,2 Millionen Goldmark, 1924: 41,5 Millionen Goldmark, also trotzdem sich die Zahl der Mitglieder verdreifacht hat, beträgt der Umsatz noch nicht 90 Prozent des im Jahre 1914 erzielten Umlages, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Lebensmittelpreise heute um etwa 80 Prozent höher liegen als vor dem Krieg. Unsere Konsumgenossenschaften leiden daher heute alle unter ungenügendem Umsatz. Die Genossenschaften hätten erwarten können, daß die Mitglieder ihnen mit derselben Treue nach der Stabilisierung der Verhältnisse begegnet wären, die sie der Genossenschaft während der Inflationszeit gewährt haben. Durch zeitlose Bedarfsdeckung bei der Genossenschaft hätten sie anerkennen müssen, was der Konsumverein ihnen in schwerer Zeit geleistet hat. In diesem mangelhaften Umlage ist fast ausschließlich der Grund für die schwierigen Verhältnisse zu suchen, mit welchen ein Teil unserer Genossenschaften heute zu kämpfen hat. Durch die Inflation sind die Vermögenswerte der Genossenschaften, soweit sie nicht in Grundigentum und Einrichtungen festgelegt waren, fast zusammengeschmolzen. Es gilt daher die Verluste durch Schaffung von neuen Betriebsmitteln zu ersetzen, denn ohne genügendes Kapital kann kein Unternehmen leistungsfähig sein. Die Neueinzahlungen auf die Geschäftsanteile sind außerordentlich gering. Auch in dieser Hinsicht kommen die Mitglie-

der ihrer genossenschaftlichen Pflicht nicht nach. Sie erkennen nicht, daß sie durch Stärkung der Kapitalkraft ihres eigenen Betriebes die Genossenschaft in die Lage setzen, die Wirtschaftlichkeit ihres Unternehmens zu heben und den Mitgliedern dadurch noch weitere Vorteile zu bieten. Die Sparmaßnahmen der Mitglieder, die vor dem Kriege einen wesentlichen Bestandteil des Betriebskapitals waren, stehen heute den Genossenschaften recht spärlich zu, obgleich die Konsumgenossenschaften in der Aufwertungsfrage geradezu Vorbildliches geleistet haben. Wenn es auch bei den bestehenden Einkommensverhältnissen des größten Teils der Bevölkerung den Mitgliedern schwer fällt, Ersparnisse zu machen, so beweist die Zunahme der Spargelder bei den öffentlichen Sparkassen, daß doch wieder Ersparnisse zurückerlegt werden können. Auch hier ist es Pflicht der Mitglieder, die Genossenschaft durch Hingabe von Spargeldern zu stärken. Damit die Genossenschaftsbewegung mit den privatrechtlichen Betrieben Schritt halten kann und ihre segensreiche Tätigkeit im Interesse der Verbraucher weiter entwickeln kann, muß die Leistungsfähigkeit gesteigert werden. Zur Erreichung dieses Zieles müssen die Verwaltungsmittel der Mitglieder der Genossenschaften gesammelt werden, um die Wirtschaftlichkeit der Genossenschaft zu erhöhen. An den Mitgliedern liegt es, vor allem zeitlos ihren Bedarf in den Genossenschaften zu bedenken und die Geschäftsanteile einzuzahlen.

Am Freitag, 22. Mai, erfolgte eine außerordentlich rege Diskussion über die beiden Berichte. Neben geschäftlichen Anregungen allgemeiner Art wurden Anregungen zur Propaganda und Reformen gegeben. Es mußten alle Mittel und Wege versucht werden, um die in der Inflationszeit herbeigekommenen Mitglieder zu Genossenschaftern zu erziehen. Die vorgetragene Jahresrechnung und der Voranschlag für das Jahr 1925 wurden genehmigt. Die vorgenommene Wahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder des Vorstandes, Aufsichtsrates usw. Der Verbandsdirektor schloß die Tagung mit den Wünschen, daß die Beratungen zum Besten der Genossenschaften sich auswirken mögen.

Soziales Sängerbund im Friedrich-Hilda-Genossenschaftsheim in Oberweiler

Einer freundlichen Einladung von Herrn Chefarzt Dr. Hettlinger folgend, unternahmen am Sonntag, 24. Mai, eine Abteilung des Sängerbund „Vortwärts“ Karlsruhe eine kleine Gastreise nach dorten, um den Krankenkollegen vom Sängerbund sowie den dort untergebrachten Frauen und Mädchen eine kleine Freude zu bereiten. Nach einem Frühstück um 9 Uhr dem Herrn Chefarzt dargebrachten Ständchen wurde die kleine Sängerschule nach dem Aufenthaltsraum der Männer geleitet, wo Herr Dr. Hettlinger einen sehr instruktiven Vortrag über Zweck und Ziele der Anstalt und deren segensreiche Wirkung in den 10 Jahren ihres Bestehens hielt. Nach einem verabschiedeten Frühstück, das Küche und Keller alle Ehre machte, folgte ein Rundgang durch die Anstalt unter Führung Dr. Hettlingers. Es wurde zu weit führen, alle die Einrichtungen zu schildern, die dort geschaffen sind, um die leidende Menschheit von der Proletarierkrankheit zu heilen. Aus einem Satz gesagt werden, daß unter der verdienstvollen Leitung vom Chef der Anstalt eine Einrichtung geschaffen wurde, die dem Leiter alle Ehre macht. Die neuesten Errungenschaften der Wissenschaft werden angewandt, um den Kranken Proletariat wieder neuen Lebensmut einzuflöhen und ihn seiner Familie zu erhalten. Nach der Besichtigung, wofür auch an dieser Stelle dem Leiter der Anstalt der Dank aller Teilnehmer ausgesprochen sei, ging in die Abgeschiedenen der Männer, die gerade zur Biegung veranlaßt waren. Es folgten dann einige Liebesvorträge, worauf der gerade vorgetragene Bericht des Kollegen Philipp Müller, der schon ein Menschenalter im Vorstand der Betriebskrankenkasse der Eisenbahner und den Dank des gesamten Eisenbahnerpersonals im besonderen verdient hat, den Sängern die Anerkennung der Kranken übermittelte. Auch bei den Frauen wurden einige Liebesvorträge und manche Träne floß, als die liebe Stimme zum Dank herüberrief und einige Bieder, die im Spitzensaal beim Mittagessen vorgetragen wurden, bitteten den offiziellen Schluß des Besuchs. Nach herzlichem Verabschiedung ging hinüber nach Oberweiler und zum erstenmale dürfte es dem alten Schloße der ehemaligen Herzöge von Baden ein freizeitschor gelungen haben. Um 8 Uhr führte uns der Schnellzug den heimlichen Gefilden entgegen und wir alle hatten das Bewußtsein, etwas zur Erholung und Erheiterung der Kranken Kollegen beigetragen zu haben und das ist unser schönster Dank.

Lezte Nachrichten Zur Regierungsbildung in Belgien

Brüssel, 28. Mai. (Eig. Fundbüro.) Der Generalkonrat der belgischen Arbeiterpartei befragt am Mittwoch unter Vorsitz des Brüsseler Abgeordneten die politische Lage. Nach einem Referat Vandervelde's und 2. und 3. Beschlüssen, wozu der Generalkonrat einstimmig beschloß, einen außerparlamentarischen Verhandlungsausschuss zu bilden, um die Verantwortung für die belgische Politik zu klären. Mit dieser klaren Klage der Sozialisten kann man rechnen. Mit dieser klaren Klage der Sozialisten kann man rechnen. Mit dieser klaren Klage der Sozialisten kann man rechnen.

Rechtsprechung

Ein Urteil des Reichsgerichts vom 27. Mai 1925. Ein Mann, der in der Nacht vom 27. auf den 28. Mai 1925 in der Wohnung seiner Frau einen Mann erschossen hat, wurde zum Tode verurteilt. Die Frau wurde freigesprochen.

Verbandsangelegenheiten

Der Verband deutscher Konsumvereine hat am 27. Mai 1925 in Berlin eine außerordentliche Tagung abgehalten. Die Tagung wurde von Herrn Verbandsdirektor Liebmann-Frankfurt eröffnet. Die Tagung wurde von Herrn Verbandsdirektor Liebmann-Frankfurt eröffnet.

Sozialer

Die Sozialdemokratische Partei hat am 27. Mai 1925 in Berlin eine außerordentliche Tagung abgehalten. Die Tagung wurde von Herrn Parteivorsitzenden Dr. Brüning eröffnet. Die Tagung wurde von Herrn Parteivorsitzenden Dr. Brüning eröffnet.

Sozialer

Die Sozialdemokratische Partei hat am 27. Mai 1925 in Berlin eine außerordentliche Tagung abgehalten. Die Tagung wurde von Herrn Parteivorsitzenden Dr. Brüning eröffnet. Die Tagung wurde von Herrn Parteivorsitzenden Dr. Brüning eröffnet.

nächsten Donnerstag mit einer Regierung von Nichtpartamentarieren vor die Kammer zu treten. Das bedeutet lediglich weiteren nutzlosen Zeitverlust. Im Generalkonrat der Arbeiterpartei war die Ansicht darüber geteilt, ob man mit der katholischen Partei offiziell über die Bildung eines demokratischen Kabinetts verhandeln soll oder ausschließlich mit den demokratischen Abgeordneten. Die Stimmung war wieder härter zugunsten der Übernahme der Regierung durch die Sozialisten allein.

Verdächtigungsprozess in Sofia

Sofia, 27. Mai. In dem Prozess wegen Vergewaltigung der kommunistischen Verdächtigten des Kriegsgerichts Petroschewski, Lezer und Frau Nicolova zum Tode, Frau Lezer unter Jubelung mildernden Umstände zu lebenslänglichen Gefängnis. Der Angeklagte Mallet erhielt 1 1/2 Jahre Gefängnis. Die Hinrichtung von Friedmann, Koeff und Jaderstein wird morgen öffentlich erfolgen.

Einer Witterungsmeldung aus Sofia zufolge wurde das Todesurteil an den Urhebern des Bombenattentats in der Kathedrale von Sofia, Friedmann, Jaderstein und Koeff, vollstreckt. Um 8 Uhr führte man die Verurteilten auf einen großen Platz im Westen der Stadt, der rings von tribünenartigen Anhöhen umgeben war, und wo eine Zuschauermenge von über 50 000 Menschen sich angesammelt hatte. Nach der Urteilsverkündung wurden Koeff, Jaderstein und schließlich Friedmann gehängt. Die Genferdienste übten 8 Zeugen aus.

Aus der französischen Kammer

Paris, 28. Mai. (Eig. Fundbüro.) Der sozialdemokratische Abgeordnete Marquet, der im April seinen Posten als Sekretär der Kammer infolge eines Zwischenfalls niedergelassen hatte, ist am Mittwochabend mit 289 gegen 33 Stimmen wieder gewählt worden.

Schiffeder Kommunistenprozess

Hamburg, 27. Mai. Im Schiffeder Kommunistenprozess wurde heute mittags das Urteil gegen die in der 5. Staffel angeklagten 30 Personen von der zuständigen Strafkammer des Landgerichts Altona verkündet. Es wurden Festungstrafen von 2 Jahren neun Monaten bis hinunter zu einem Jahr einem Monat und Geldstrafen von 150 bis 50 Mark. Acht der Angeklagten wurden freigesprochen. Gegen die 6. Staffel wird am 6. Juni verhandelt werden.

Abg. Best vor dem deutsch-nationalen Schiedsgericht

Der „Vorwärts“ meldet: Das Schiedsgericht, das aus mehreren Mitgliedern und aus zwei deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten bestand, beschäftigte sich mit der Regierung Dr. Best, der Aufforderung der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion nachzukommen, sein Mandat niederzulegen. Das Schiedsgericht billigte einstimmig das Verbalten Bests, der sein Mandat behielt.

Amundsen überfällig

Oslo, 28. Mai. „Sjofarar Tidende“ erzählt aus Spitzbergen: An Bord des Schiffes der Flugzeugabteilung wartet man mit steigendem Interesse auf Amundsen. Sollte er bis Freitag nicht zurückgekehrt sein, so will man Hilfe von außerhalb herbeifohlen. Das Wetter hat sich jetzt bedeutend gebessert. Auf Nordspitzbergen herrscht Sonnenschein und steigende Temperatur. Der Verteidigungsminister Jakobson erklärte Journalisten, daß die Situation jetzt damit sei, daß die nötigen Vorbereitungen ungenügend in Angriff genommen werden müßten, um für eine etwa erforderliche Hilfeleistung bereit zu sein. Der Staatsrat wurde auf den Marinestationen untersucht lassen, ob zwei Flugzeuge mit einem Kriegsschiff nordwärts geschickt werden könnten. Die Flugzeuge würden nicht bis zum Pol gehen, sondern in großem Bogen bedeutende Strecken abfliegen und so die Möglichkeit haben, die Flieger zu finden, falls dieser nicht zu weit von Spitzbergen herabgegangen sein sollten.

Rechtsprechung

Ein Urteil des Reichsgerichts vom 27. Mai 1925. Ein Mann, der in der Nacht vom 27. auf den 28. Mai 1925 in der Wohnung seiner Frau einen Mann erschossen hat, wurde zum Tode verurteilt. Die Frau wurde freigesprochen.

Verbandsangelegenheiten

Der Verband deutscher Konsumvereine hat am 27. Mai 1925 in Berlin eine außerordentliche Tagung abgehalten. Die Tagung wurde von Herrn Verbandsdirektor Liebmann-Frankfurt eröffnet. Die Tagung wurde von Herrn Verbandsdirektor Liebmann-Frankfurt eröffnet.

Sozialer

Die Sozialdemokratische Partei hat am 27. Mai 1925 in Berlin eine außerordentliche Tagung abgehalten. Die Tagung wurde von Herrn Parteivorsitzenden Dr. Brüning eröffnet. Die Tagung wurde von Herrn Parteivorsitzenden Dr. Brüning eröffnet.

Sozialer

Die Sozialdemokratische Partei hat am 27. Mai 1925 in Berlin eine außerordentliche Tagung abgehalten. Die Tagung wurde von Herrn Parteivorsitzenden Dr. Brüning eröffnet. Die Tagung wurde von Herrn Parteivorsitzenden Dr. Brüning eröffnet.

Der vereinigt vorzügliche Qualität und Passform mit unübertroffener Preiswürdigkeit!

Es ist Ihr Vorteil, wenn Sie vor Einkauf Ihrer Schuhwaren unsere Schaufenster besichtigen. CHR. BOCK Nachfolger Carl Fritz & Cie Kaiserstraße 52 KARLSRUHE Kaiserstraße 52

Spezial-Angebot Coupee-Koffer

Wetterfest

eleganter Coupee-Koffer aus durchgefärbtem Plattenmaterial, mit echten Ecken, solide Beschläge, durchgehenden Schienen, Patentgriff, — konkurrenzlos billig —
Länge 50 55 60 65 70 75 cm
Mark 4.50 4.95 5.60 6.20 6.80 7.50

Alligator

solider Coupee-Koffer aus echt Vulkanfaser, allererstes Fabrikat, Qualitätsware, lederbezogener Griff
Länge 50 55 60 65 70 75 cm
Mk. 11.80 13.40 14.80 15.70 16.70 17.90

Volle Garantie

übernehmen wir für jeden bei uns gekauften Hartplatten- oder Fibre-Koffer für wetterfest und farbecht.

Gratis

erhält jeder Käufer eines Koffers einen Adressenhalter aus Leder.

Reise-Koffer

aus echt Leder, mit und ohne Toilette-Einrichtung, nur allererste Fabrikate, Riesenauswahl, fabelhaft billig!
Achten Sie genau auf die Adresse, keine weiteren Filialen am Platze, lassen sie sich nicht durch ähnlich klingenden Firmennamen irre führen.

Nur Kaisersfr. 203, I. Etage
Kein Laden, Klagengeschäft - deshalb schon billiger



Aufruf!

In den Tagen vom 4.-12. Juli d. J. wird hier das
28. Verbandsschiessen

der badischen, pfälzischen und mittelhessischen Schützenverbände

stattfinden, dessen Vorbereitung und Durchführung wir übernommen haben. Aus allen Gauen Deutschlands erwarten wir den Besuch liebwerter Schützenbrüder. Mit erheblichen Aufwendungen haben wir unsere Schießanlagen vollkommen neu erstellt. Wir werden auch dafür sorgen, daß in jeglicher anderer Beziehung unsere Gäste zufriedengestellt werden und von Karlsruhe wiederum den besten Eindruck erhalten. Zu diesem Zwecke ist es aber nötig, daß wir unseren Gästen auch gute Quartiere in ausreichender Zahl zur Verfügung stellen. Wir rechnen mit mehreren tausend Teilnehmern, die sich eine Woche lang hier aufhalten. Da die Hotels und Gasthöfe unter Berücksichtigung des sonstigen Fremdenverkehrs wohl nicht imstande sein werden, alle diese Festbesucher zu beherbergen, richten wir an die verehrliche Einwohnerschaft die höfliche und dringende Bitte, Privatzimmer in möglichst großer Zahl zur Beherbergung unserer Festgäste gegen entsprechendes Entgelt zur Verfügung zu stellen.

Der Verkehrsverein Karlsruhe hat es in freundlicher Weise übernommen, Quartieranmeldungen entgegenzunehmen und die entsprechenden Zimmer uns zur Verfügung zu stellen. Anmeldungen wollen daher alsbald dem Zimmernachweisbüro des Verkehrsvereins im Rathaus, I. Stod, Zimmer 17 (Ede Marktplatz und Zähringerstraße), schriftlich oder mündlich übermittelt werden.

Wir rechnen bestimmt auf weitgehendstes Entgegenkommen unserer Bevölkerung, ohne das die bedeutenden Fremdenverkehrsaufgaben, die der Stadt in diesem Falle und bei anderen Gelegenheiten bevorstehen, nicht erfüllt werden können.

Karlsruhe, den 27. Mai 1925.
Schützengesellschaft Karlsruhe (e. V.).

Arbeiter-Gesangverein „Bruderbund“ Mörsch

Pfingsten (Samstag, 30. Mai, Sonntag, 31. Mai, Montag, 1. Juni)

25. Stiftungsfest

hierzu sind die Arb.-Sängerinnen u. -Sänger, sowie die übrige Arbeiterschaft freundl. eingeladen
Wir werden bestrebt sein, durch eigenen Wirtschaftsbetrieb, die Zeit ihres Aufenthaltes so angenehm wie nur möglich zu machen. Für gute Fahrgelegenheit durch Sonderzug von Karlsruhe mit Lokalbahn ist bestens Sorge getragen. (Pfingstsonntag Karlsruhe Lokalbahn ab 12.45 Uhr — zurück ab Mörsch 8.20 Uhr.) 397
Mit freiem Sängergesang
Der Festausschuß.

COLOSSEUM

Heute Donnerstag, den 28. Mai 1925, abends 8 1/2 Uhr 3393

2 weitere große Endkämpfe
Bilka gegen Steine
Langguth gegen Lassartesse

„Zum Goldenen Fass“

Wienandlstraße 18
Morgen Freitag
Anerkant gute Weine, Binner Tafelbier im Ausdant. B. Geuter.

„Zum Salmen“

Am Ludwigplatz
Telephon 2019.
Freitag
Schlachttag
Samstag Abend 6 Uhr: Rindfleisch
Tafelbier, hell und dunkel.
3374 Fritz Weisel, Metzger und Wirt.

Am Pfingst - Samstag
den 30. Mai 1925 bleiben unsere
sämtlichen Kassen und Büros

geschlossen.

Badische Bank Rheinische Creditbank
Bad. Girozentrale Filiale Karlsruhe und
der. Depositenkassen
Baer & Elend Straus & Co.
Darmstädter u. National- Süddeutsche Disconto-
bank, Filiale Karlsruhe Gesellschaft A.G., Fil.
Jgnaz Eilern Karlsruhe und deren
Velt L. Homburger Depositenkassen
Vereinsbank Karlsruhe
3375

20 Mk. Belohnung

demjenigen, welcher meinen ca. 10 Wochen alten gelben Doge (weißer Brustfleck u. Fehle) zurückbringt oder mir Angaben macht, die zur Wiedererlangung des Hundes führen. 3381
Eugen Danneberg, Karlsruh. 106.

Extra - Angebot!

- Hemdentuch weiß, 80 cm breit, per Meter Mk. 1.30 - .90 - .56
- Louisianatuch für elegante Damen wäsche per Meter Mk. 1.25
- Bettlamaste weiß, 130 cm breit, schwere kräftige Ware per Meter Mk. 2.80
- Haustuch weiß, 100 cm breit, für Betttücher, schwere, kräftige Ware, per Meter Mk. 2.10
- Rohnessel 150 cm breit, für Betttücher schwere, kräftige Ware, per Meter Mk. 2.00
- Damenkleiderstoffe per Meter Mk. 1.50
- Frotté neueste Dessins, per Meter Mk. 2.50
- Manchester für Touristenanzüge per Meter Mk. 4.50, 4. - 3.20
- Herrenkleiderstoffeste weit unter Preis.
- Schlafdecken so lange Vorrat reicht, p. Stück Mk. 3.50 2.50
- Grosse Auswahl in 3396
- Markisendrellen
- Matratzendrellen und Bettbarchenten
- Lagerbesuch für jedermann lohnend.

Arthur Baer

Kaiserstraße Nr. 133
Eingang Kreuzstr. Gegenüber der kl. Kirche
Verkaufsräume nur eine Treppe hoch

STADTGARTEN

Freitag, den 29. Mai 1925, abends von 8-11 Uhr:
Konzert des Musikvereins Karlsruhe

STADTGARTEN

Pfingstsonntag, **Nachmittags - Fest - Konzert**
den 31. Mai,
von 3 1/2 - 6 Uhr. Orchester: Vereinigung bad. Polizeimusiker, Leitung: Obermusikmeister J. Heisig. Abends v. 8-10 1/2 Uhr:
Anlässlich des II. Süddeutschen Buchdrucker-Sängertages
GROSSE GARTEN-FEST
Konzert der Harmoniekapelle, Leitung: Hugo Rudolph, unter Mitwirkung verschiedener Brillantfeuerwerk ausgeführt von dener Gesangsvereine. Feuerwerks-techniker W. Fischer-Clebronn (Wtbg.), anschließend bengalische Beleuchtung des Sees und der Anlagen. Lampenschmuck der Bote.

Pfingstmontag, den 1. Juni, vormittags von 11-12 Uhr:
Promenade-Konzert der Schülerkapelle (kein Musikauschl.)
Nachmittags - Fest - Konzert
von 3 1/2 - 6 Uhr. Orchester: Harmoniekapelle, Leitung: Hugo Rudolph. **ABEND-FESTKONZERT** von 8-10 1/2 Uhr Orchester: Vereinigung bad. Polizeimusiker, Leitung: Obermusikmeister J. Heisig.

Eintrittspreis beim Abendkonzert am Pfingstsonntag (mit Feuerwerk): Nichtabonementen-Erwachsene 1 Mk., Kinder 50 Pfg., Abonementen-Erwachsene 80 Pfg., Kinder 40 Pfg.
Im Falle schlechten Wetters wird das Feuerwerk auf Pfingstmontag abend verlegt. Sollte auch an diesem Tage das Wetter ungünstig sein, so wird das Feuerwerk an einem anderen Tage stattfinden. — Geöffnete Eingänge: Nord und Süd, sowie Osteingang (zwischen Vierordbad und Festhalle) und Eingang Erdingerstraße 8 (beim Verwaltungs-Gebäude des Gartenamts). 1055

Gummimantel u. Windjacken

in großer Wahl für Herren u. Damen zu sehr billigen Preisen bei bequemen Ratenzahlungen

Kaulhaus Badenia G.m.b.H.

Kaiserstraße 14a
(Waldhornstrasse Strassenbahnhaltestelle). 3331

Zur Messe trifft ein:
Das
350jährige Riesen krokodil
mit seinen **30** lebenden Jungen!

Fahrräder

Gute Marken mit 1 Jahr Garantie, 25 Mark Anzahlung, Rest in Raten im Fahrradhaus KAIER, Mühlburg Rheinstraße 59, neben Sitrak-Druckerei.

Sommer-Joppen

Windjacken, Drilich-Hosen, Blaue Arbeits-Anzüge, offeriert billigst
Axelrad, Essweinstraße 32, II.

Einzelküchenbüfets Einzelzimmerbüfets Einzelchränke Einzelbetten

alle sonstigen Einzeimöbel, Chaiselongue, Diwans, Matratzen und Patentröste sowie vollständige Küchen-, Schlaf- u. Wohnzimmer-Einrichtungen
empfiehlt zu äusserst günstigen Preisen und Zahlungsbedingungen
möbelhaus Eug. Schaeffer, Durlach Hauptstraße Nr. 81.

AKren Mappen

beste Qualitäten
**51 Kofferhaus
Lämmle 51
Kronenstr.**

Gut erhaltene
**Küchen-
Einrichtung**
wegzugeben billig an
verkauft. 3302
Zeilingerstr. 3a, 1 Treppe

Neue Kartoffeln

10 Pfund
Mk. 1.60
Pfund 17 Pfg.
bei
Bucherer
3380

Konkurrenz-Neid!

Der Karlsruher Einzelhandel E. V. nimmt gegen unser Teilzahlungs-System Stellung und behauptet: „Das Publikum zahle in Abzahlungsgeschäften (worunter er auch unser Modekaufhaus mit Kreditbewilligung meint) ebensoviel als Anzahlung wie in anderen Geschäften nahezu der ganze Gegenstand koste.“

„Diese Behauptung ist unwahr“.

Jeder kann sich überzeugen, daß unsere Kunden ebenso reell und preiswert wie in Geschäften des Karlsruher Einzelhandels bedient werden. Bei uns finden Sie die Möglichkeit, auch bei bescheidenem Einkommen gute Ware zu Bedingungen zu kaufen, die Ihnen der „Karlsruher Einzelhandel E. V.“ nicht bietet. Wegen der vorgenannten, unwahren Behauptungen sind die erforderlichen

gerichtlichen Schritte gegen den Karlsruher Einzelhandel E. V.

von uns selbst und seitens unseres Verbandes eingeleitet worden. — Darum

„Kaufe gleich - zahle später“

**bei der Deutschen Bekleidungs-Gesellschaft Th. Lucas & Co.
Karlsruhe, Kronenstraße 40**

Pressestimmen über das „moderne Teilzahlungsgeschäft“:

1. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ Frankfurt i. M. vom 7. 5. 25., Abendblatt, eine der **bedeutendsten deutschen Tageszeitungen**, schreibt:

Teilzahlung? Das Wort hat bei uns immer noch einen schlechten Klang. Es umschließt immer noch den Begriff der Bedürftigkeit oder des Leichtsinns. Es ist ja so zwingend, Teilzahlungskredit in Anspruch zu nehmen wo Einkommens- und Vermögensverhältnisse die Anschaffung der notwendigsten Kleidung und Wäsche gegen Barzahlung erschweren oder gar unmöglich machen.

Es ist ja so verlockend, sich elegant einzukleiden, oder seine Wohnung behaglich auszustatten und zu wissen, daß man für solchen Luxus „nur“ jeden Monat soundsoviel Mark abzuzahlen hat. Aber das Heer der Leichtsinnsigen, der früher Legion war, es ist verschwunden, klein geworden. Krieg und Inflation haben so viele, so unendlich viele von denen, die lachenden Auges in die Zukunft sahen, zu ersten, nachdenklichen, sorgenbeladenen Menschen gemacht. Sie haben ja alle an den Folgen des unglücklichen Krieges zu tragen, haben alle ihre Alltagsorgen, die zu schwerer Bürde angewachsen sind. Das bische Leben, das tägliche Brot, die Miese, die Kleidung, alles ist zu erdrückend teuer und das Geld so knapp, trotzdem man nicht wie früher sich kleine Freuden gönnt.

Diesen vielen, die in einem Teilzahlungsgeschäft mit Geduld auf den Aufruf ihrer Kennnummer warten, liest man aus den Mienen, aus Kleidung und Haltung ab, daß nicht irgendwelches Luxusbedürfnis sie hierher geführt hat, sondern ein herbes Muß. Sie wissen ja alle, daß ein Teilzahlungsgeschäft zu beträchtlichen Krediten das Risiko von Zahlungsausfällen mit entsprechendem Zinssatz belasten muß, daß sie bei einer Teilzahlung teurer kaufen als beim Bargeschäft. Aber die Mittellosigkeit räumt alle Bedenken hinweg und macht das Teilzahlungsgeschäft zu einer segensvollen Einrichtung.

Die Anzahlung erfolgt meist zu einem Drittel des Verkaufspreises. Geringe Raten von Mk. 10.— und Mk. 20.— bei kleinen Objekten tilgen im Laufe von 2 bis 6 Monaten die die Schuld. Bei jedem Warenwert steigen Raten und Zahlungsfrist. Die Schuldenlast für eine Zimmereinrichtung z. B. soll im Laufe eines Jahres abgeolten sein. Bis zur Tilgung der Schuldenlast verbleiben Möbel dem Geschäft als Eigentum, während bei kleinen Objekten, z. B. bei Konfektionsware, Wäsche, Teppichen usw. die Ware sofort in den Besitz des Käufers übergeht, unter einfacher Schuldverschreibung.

Eine der wichtigsten und größten Abteilungen des Teilzahlungsgeschäftes ist die Kontrolle. Bei der Größenzahl der Kunden, die sich aus allen Bevölkerungsschichten und allen Geseinnungen zusammensetzen, wird immer ein großer Prozentsatz auf Zahlungsunfähigkeit, auf Zahlungsunwillige und auf notorische Betrüger entfallen. Das Teilzahlungsgeschäft schützt sich gegen sie durch ein sorgfältig geführtes Kartotheksystem, durch Auskunft- und Überwachungsbüros und durch Kassierer, die die ausstehenden Beträge in der Wohnung des Zahlungsumigen erheben. Als letzte Hilfe bleibt die gerichtliche Eintreibung, die in vielen Fällen zum Erfolg führt.

Welche Bedeutung große und leistungsfähige Teilzahlungsgeschäfte gewonnen haben, beleuchtet die Inanspruchnahme dieser Geschäfte durch große und angesehene Vergnügungsetablissemments, vornehme Restaurationsunternehmungen, Sanatorien, Hotels und Pensionen, die sich bei Ausstattung ihrer Möbel, Dekorationsstoffe und Teppichen der Kredit-hilfe großer Teilzahlungsgeschäfte bedienen.

Von der Leistungsfähigkeit und der imposanten Auswahl in Möbeln großer Teilzahlungshäuser wird ein Begriff möglich, wenn man erfährt, daß ein führendes Geschäft dieser Art neben seiner ausgedehnten Verkaufsausstellung in seinem Hauptgeschäft und seinen Filialen ein Möbellager unterhält, das ein mächtiges Lagerhaus vom Keller bis zum fünften Stockwerk füllt. In diesem Lager sind viele Hunderte von Herrenzimmern, Schlafzimmern, Speisezimmern, Salons und Küchen aufgespeichert, von der einfachsten Ausführung bis zu der Drei-Meter-Bibliothek eines Direktorenzimmers oder zu der prunkvollen Schlafzimmereinrichtung im Stile Louis XV.

Das Teilzahlungsgeschäft hat bei der ungünstigen Lage unserer wirtschaftlichen Verhältnisse längst aufgehört, das „Geschäft des armen Mannes“ zu sein. Es ist zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit geworden, ist als ein wichtiger Faktor in das wirtschaftliche Leben des neuen Deutschlands hineingewachsen. Die weitere Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse wird dem Teilzahlungssystem immer weiteren Boden gewinnen. Es auf eine lebensstarke, geschäftlich einwandfreie Grundlage zu stellen, muß Streben und Ziel der beruflichen Kaufmannschaft sein. Dann wird es auch bei uns die Achtung in der Geschäftswelt und im Publikum gewinnen, die es sich im Ausland, namentlich in Amerika und auch in Frankreich, bereits erworben hat.

2. „Neue Berliner Zeitung“ vom 22. 5. 25. Das moderne Teilzahlungsgeschäft:

Vor dem Kriege war in Deutschland, wie in allen anderen Ländern, der Arbeiter gewohnt, da er meistens über Ersparnisse nicht verfügte, Möbel, Einrichtungsgegenstände, Bekleidung und andere Artikel bei einem Händler zu kaufen, von dem er wußte, daß er ihm mit bequemen Ratenzahlungen entgegenkommt. In anderen Ländern, insbesondere in Amerika ging dies noch wesentlich weiter; dort wurden nicht nur derartige Bedarfsartikel für längere Zeit, sondern auch andere Waren verschiedenster Art unter Benutzung eines mehr oder minder langen Kredits in einem Kreditgeschäft erworben.

Während dort aber der überwiegende Teil des Einzelhandels sich auf diese Gepflogenheit der Kunden eingestellt hatte, war in Deutschland das Kreditgeschäft auf den kleinen Kreis der Arbeiter- und Beamtenschaft beschränkt und infolgedessen in viel stärkerem Umfange als jenseits des Ozeans bei einem Teil der Einzelhandelsfirmen eingeführt.

In der Inflation hatte sich der Arbeiter und die Beamtenschaft derartige Einrichtungen versagen müssen. Jeder war gezwungen, seinen gesamten Lohn sofort in Ware umzusetzen und die bestehenden Verhältnisse gestatteten auch den Händlern nicht, langfristigen Kredit zu gewähren. Heute haben sich die Verhältnisse grundlegend geändert. Durch die niedrigen Reallohne der Inflationszeit ist in allen Kreisen der Bevölkerung ein Warenbedürfnis vorhanden. Stärker als zu irgendwelcher Zeit vor dem Kriege, denn die Lücken, die das letzte Jahrzehnt in die Ausstattung einer jeden Familie gerissen hat, müssen ausgefüllt werden. Ersparnisse stehen hierzu in den seltensten Fällen zur Verfügung. Gewiß, man ist in der Lage, einen gewissen Teil seines laufenden Einkommens für derartige Anschaffungen zu reservieren, aber mit diesen Anschaffungen zu warten, bis genügend Geld zusammen ist, um den geforderten Preis auf einmal zu bezahlen, erscheint auch nicht angängig. Hier hilft nur das Abzahlungsgeschäft und liegt daher im Wesen unserer wirtschaftlichen Verhältnisse begründet, daß sich der Kundenkreis gegenüber der Vorkriegszeit ordentlich erweitert hat,

daß man auch in Deutschland einsehen gelernt hat, daß es kein Makel bedeutet, unter Inanspruchnahme von Kredit zu kaufen.

Nun hört man aber immer wieder die Klagen oder Vorwürfe, daß man in derartigen Geschäften übervorteilt wird, daß man dort mit der ersten Zahlung einen Betrag erlegen muß, der nahezu dem Preise gleichkommt, den man in einem anderen Geschäft für den ganzen Warenpreis schuldet, daß mit übermäßigen Aufschlägen kalkuliert wird, weil man die Geschäfte durch faule Kunden mit erhöhten Preisen ausgleiche und ähnliches mehr. Alle diese Vorwürfe sind entweder Verleumdungen der Konkurrenz oder völlig unzutreffend.

Gewiß, es gibt auch unter den kreditgebenden Einzelhandelsfirmen manch eine, deren Geschäftsgebarren nicht das des sorgfältigen Kaufmanns ist. Aber der Konsument hat ja gelernt, daß solide Preisberechnung, gute Qualität und kulante Bedienung etwas ist, was er immer in verschiedenen Geschäften finden wird, in anderen aber entbehren muß. Unechte Existenzen haben die Verhältnisse der Nachkriegszeit überall an die Oberfläche gespült, und hierbei die Spreu vom Weizen zu sondern, versteht das Publikum am besten.

Im übrigen ist es nicht schwer, auch im Kreditgeschäft die Feststellung für den Kunden zu machen. Gerade dieses Geschäft muß in der Regel nicht nur gleichwertige, sondern weit bessere Waren führen als das Kassageschäft. Für einen verschlissenen Anzug, für einen Schrank mit klemmender Tür, für ein Bett mit zerbrochenen Matratzenfedern zahlt man nicht weitere Summen sehr gern auch dann, wenn man auf dem Papier hierzu verpflichtet ist. Der Kreditkaufmann muß daher, wenn er mit einem pünktlichen Eingang seiner Zahlungen rechnen will, seine Kundschaft gut bedienen.

Ob ein Preis zu hoch ist, lehrt der Blick in die Schaufenster der Konkurrenz, und mit dem Kalkulationsrisiko ist es schon darum nicht weit her, weil die jahrzehntelange Erfahrung der bekannten Häuser dieser Branche auch den jüngeren zur Verfügung stehenden Organisationen dafür sorgen, daß es ein verschwindender Teil von Kunden ist, die das Vertrauen mißbrauchen. Daß aber das Kreditgeschäft für die ihm entstehenden höheren Spesen und für den durch den Kredit erforderlichen Zinsverlust einen gewissen Aufschlag erfordert, das ist eine Selbstverständlichkeit, die jeder Kunde begriffen und wenn es heute in Berlin Geschäfte gibt, deren Kundenzahl sich nicht nur der Hunderttausend nähert, sondern die auch dieselben Familien seit Jahrzehnten zu den Käufern zählen, ist dies der beste Gegenbeweis.

Es wäre vielleicht auch lehrreich, einmal einen Blick in das Innere des Geschäftes zu tun, aber es würde dies für heute zu weit führen. Das Prinzip des solide geleiteten Kreditgeschäftes ist es, in viel stärkerem Umfange wie in jedem anderen Handelszweig sich auf die persönlichen Bedürfnisse und die Leistungsfähigkeit seines Kunden einzustellen, und gerade weil nur bei gegenseitigem Vertrauen derartige Geschäfte gedeihen können, ist es falsch, immer wieder den Kauf bei einem Kreditgeschäft als einen Makel zu betrachten, oder die Realität dieser Firmen in Zweifel zu ziehen.

Sie sind es, die in der heutigen schweren Zeit die Versorgung der Arbeiterschaft und des Mittelstandes ermöglichen. Wer sie bekämpft, sollte sich klar darüber sein, daß es dann die Frage zu lösen hat, wie der verarmte Mittelstand und die Arbeiterschaft ohne derartige Einrichtungen in der Lage sein sollen, ihre dringendsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen.

Durch die Angriffe des **Karlsruher Einzelhandels E. V.** wird den Anzahlungsgeschäften der Vorwurf der **Ausbeutung des Publikums** gemacht. Durch diese Behauptung wird insbes. unsere Mitgliedsfirma **Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft Th. Lucas & Co., Karlsruhe, Kronenstr. 40**, völlig unberechtigter Weise beschuldigt. Wir haben gegen den Karlsruher Einzelhandel die erforderlichen gerichtl. Schritte wegen **unlauteren Wettbewerbes** eingeleitet.

Reichsverband des kreditgebenden Einzelhandels E. V. Berlin